

# Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Helfende Zeitung des Bezirks

**Bezugspreis:** Vierteljährlich 2 Mk. ohne Zustragen. — Einzelne Nummern 20 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeindeverbands-Kontokonto Nr. 3. — Postfachkonto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

**Anzeigenpreise:** Die feinsten polizeilichen Zeitungsannoncen 50 Pf., außerhalb der Hauptmannschaft 75 Pf., im amtlichen Zeit (nach von Behörden) die Zeile 200 Pf. — Eingekauft und Reklamen 200 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 149

Mittwoch den 29. Juni 1921

87. Jahrgang

## Weisbezugscheine.

Die Reichsgetreidestelle hat folgendes bestimmt:

1. Für **Ablieferungen** von Getreide nach dem 30. Juni 1921 dürfen keine **Weisbezugscheine** mehr ausgestellt werden. Noch vorhandene ablieferungs-pflichtige Getreidemengen sind bis dahin abzuliefern. Dies gilt auch für Hafer.
  2. **Weisbezugscheine** dürfen nach dem 8. Juli 1921 überhaupt nicht mehr ausgestellt werden. Soweit noch Ansprüche auf Bezug von verbilligtem Weis auf Grund erfolgter Getreideablieferungen gestellt werden oder unerledigt sind, ist dies zwecks Erledigung bis spätestens zum 8. Juli 1921 hier anzugehen.
- Dippoldiswalde, am 28. Juni 1921.  
Der Kommunerverband

## Pflicht-Feuerwehr-Übung

Donnerstag 30. Juni 1/28 Uhr abends.

Der Brand Direktor.

Die sächsischen Erwerbsstände zu den Beschlüssen des Rechtsausschusses des Landtages zur Landesgewerbesteuer.

Die berufenen Vertretungen der sächsischen Erwerbsstände — Verband sächsischer Industrieller, Bund der Landwirte, Sächsischer Bauernbund, Landesauschuß des sächsischen Handwerks, Landesauschuß des sächsischen Kleinhandels in Sachsen (Plauen), Zentralverband des deutschen Großhandels, Bezirksgruppen Chemnitz, Dresden, Leipzig, Landesverband der Arbeitgebervereinigungen des Fuhr- und Verkehrsgewerbes in Sachsen und Thüringen, Ärzteverein für Dresden und Umgebung, Vereinigung selbständiger Ingenieure, Dresden, Bergbaulicher Verein für Zwickau und Lugau-Oelsnitz —, die bereits früher bei dem sächsischen Finanzministerium in der Frage der Einführung einer sächsischen Landesgewerbesteuer vorstellig geworden waren, haben in einer am 25. d. M. abgehaltenen Besprechung nachstehenden Beschlusses gefaßt und dem sächsischen Finanzministerium sowie dem Vorsitzenden des Rechtsausschusses des Landtages übermittelt:

Die unterzeichneten wirtschaftlichen Verbände haben unter dem 25. Februar d. J. in einer ausführlichen Eingabe an die Regierung zur Einführung einer Landesgewerbesteuer Stellung genommen, und der Verband sächsischer Industrieller hat in seiner Landtagspetition vom 21. Juni d. J. ebenso wie andere der vorstehenden Verbände unter Aufrechterhaltung dieser Stellungnahme sich zu dem jetzt dem Landtage vorliegenden Entwurf eines Landesgewerbesteuer-gesetzes und zu dessen einzelnen Bestimmungen erklärt. Die Mehrheit des Rechtsausschusses des Landtages hat bisher alle wesentlichen Abänderungsanträge zum Entwurf abgelehnt. Angesichts dessen bringen die unterzeichneten wirtschaftlichen Verbände zum Ausdruck, daß nach ihrer Ueberzeugung die Annahme des Gesetzesentwurfes zu dem jetzigen Zeitpunkt und in der vorgeschlagenen Fassung den Erwerbsständen des Landes, der heimischen Volkswirtschaft und ihrer Produktion und den Interessen der Allgemeinheit in hohem Grade nachteilig und schädlich sein dürfte. Die steuerliche Belastung durch den Gesetzesentwurf ist, zumal für ein Land wie Sachsen, und zusammen mit den übrigen bisherigen und unmittelbar bevorstehenden weiteren Steuerbelastungen wesentlich zu hoch. Die Veranlagungsgrundlagen sind zu kompliziert, und die Heranziehung der Steuerpflichtigen ist zufolge ungerechtfertigter Bevorzugung der Betriebe öffentlich-rechtlicher Verbände und der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften eine ungleiche. Die Wirkungen des Entwurfs werden daher wirtschaftsfeindlich und unsozial sein. Die genannten wirtschaftlichen Verbände legen das größte Gewicht darauf, daß eine überflüssige Beratung des Gesetzesentwurfes vermieden wird. Sie erneuern ferner das Ersuchen, daß die von ihnen zum Entwurf eines Gewerbesteuer-gesetzes gestellten Anträge berücksichtigt werden.

## Wertliches und Sächsisches.

**Dippoldiswalde.** Am Montag hielt in der „Alten Pforte“ die Fleischer-Innung Quartal ab. Nach Aufnahme von fünf Lehrlingen, die vom Obermeister, Herrn Straßberger, nach ermahnen Worten mit Handschlag verpflichtet wurden, nahm man den Kassenbericht entgegen, der nicht ungünstig lautete. Die Rechnungen wurden sofort von den Herren Max Keller und Rudolf Schneider geprüft und richtig gesprochen, worauf man dem Kassierer Entlastung erteilte. Einmütig wurden die ausscheidenden Vorstandsmitglieder Herren stellv. Obermeister Mensch und Kassierer Legler wiedergewählt und der Vorstand noch durch Zuwahl der Herren Otto Heinrich-Dippoldiswalde, Richard Göbel-Burkersdorf, Felix Thiel-Schmiedeberg und E. Graf-Lungwitz erweitert. Herr Obermeister Straßberger berichtete dann noch über den Bezirkstag in Oschatz, dem er im Auftrage der Innung beigewohnt hatte. In Zukunft will

man dazu jeweils 2 Vertreter entsenden. Endlich beschloß man noch, Kollegen, die kein Geschäft mehr haben, als passive Mitglieder zu führen. Am Abend vereinigten sich dann die Mitglieder mit ihren Angehörigen im Reichskronensaale zu gemüthlichem Beisammensein. In dessen Verlauf überreichte der Obermeister, Herr Straßberger, Herrn Gasthofbesitzer und Fleischermeister Schuster in Reichstädt für eine mehr als 25 jährige Mitgliedschaft ein Diplom unter entsprechenden Worten. Im weiteren Verlaufe des Abends kam ein lustiger Schwank zur Aufführung. Er schloß mit einem Länzchen.

— **Jugendring.** In den Abendstunden am vergangenen Sonnabend versammelte sich die langgestaltige Jugend mit ihrem Führer im „Rosen Hirsch“ zu einem Volksliederabend. In einem vorausgehenden Vortrage über die Entstehung und Entwicklung des Volksliedes wies Herr Göbe an der Hand treffender Beispiele nach, wie alle Zeiten und Völker den Empfindungen, die das Menschenherz am tiefsten bewegen, im Liede Ausdruck verliehen haben. Er erzählte von den altgermanischen Sängern aus der vorchristlichen Zeit, wie sie an den Höfen der Fürsten und Edlen weilten, und deren Siege und Kriegstugenden im Liede besangen, brachte Proben aus den uns erhaltenen Denkmälern und Liedern der althochdeutschen, mittelhochdeutschen und neuhochdeutschen Zeit im 8. bis 14. Jahrhundert und erwähnte, daß die deutsche Lyrik und das deutsche Lied die erste hohe Blütezeit im Mittelalter erreicht hat, als die fahrenden Sänger ihre „Minnelieder“ auf den Burgen der Ritter vortrugen und neben dem Gesange in eigener Dichtung die Tapferkeit und Tugenden der Ritter und die Schönheit ihrer Frauen im deutschen Liede verherrlichten. Dichtung und Gesang sei nach dem Verfall des Rittertums von den „Meisterfingern“ namentlich in Süddeutschland eifrig gepflegt worden. In anschaulicher Weise führte er die aufmerksamen Zuhörer in die Junfistuben der Handwerker und in die Schuhmacherwerkstatt eines Hans Sachs in Nürnberg. Während dieser Zeit erreicht das deutsche Volkslied im 15. und 16. Jahrhundert seine Blüte- und Glanzzeit. Die Verherrlichung des Volksliedes finden wir in Richard Wagners Oper „Die Meisterfinger von Nürnberg“. Den hohen Wert des Volksliedes habe auch Goethe und Herder erkannt und durch die Herausgabe der großen Volkslieder-sammlung „Des Knaben Wunderhorn“ eines Armin von Brentano (1806) ist das Volkslied zu einem unerschöpfbaren Jungbrunnen geworden, aus dem unsere neuen Liederdichter den wahren, lyrischen Ton, Frische und Natürlichkeit schöpfen. Durch dieses Werk seien unsere beliebten Volkslieder wie „Sah ein Knab ein Rösslein stehn“ und „In einem kühlen Grunde“ u. a. erst zum Gemeingut des deutschen Volkes geworden. Im Anschluß an den Vortrag sang man nach vorheriger Erklärung des Textes mit Klavierbegleitung die alten schönen Weisen ersten und weiteren Inhalts, auch Lieder neuester Art aus dem „Jupfgeigenhansl“ und Schaller der 1. Knabenklasse brachten zuletzt ein heiteres Lied in erzgebirgischer Mundart zum Vortrag. Auf mehrfachen Wunsch wird sich ein weiterer Abend im Jugendring mit den Sagen und Geschichten unserer Heimat befassen, ein anderer wird Wilhelm Busch gewidmet sein, die von musikalischen Darbietungen umrahmt sein sollen. Sonntag den 10. Juli ist bei günstigem Wetter eine Morgenwanderung des Jugendringes festgesetzt. An der Hand von Schundlisten, die im Laufe der Woche in beiden Ortszeitungen veröffentlicht werden, wird unsere gesamte Jugend zum Kampfe und zur Sammlung von Schundliteratur aufgerufen, die dann von ihr als „Höhenfeuer“ vernichtet werden sollen. Punkt 9 Uhr wurde der wohlgelungene Volksliederabend geschlossen.

— Die 2. Klasse der 179. Sächsischen Landeslotterie wird am 13. und 14. Juli gezogen. Die Lose sind bis zum 4. Juli bei den Einnehmern zu erneuern.

Zur Deckung bestimmte

## Ziegenböcke

sind bis spätestens zum 1 August ds. Js. zur Rörung anzumelden.  
Dippoldiswalde, am 26. Juni 1921.

Der Stadtrat

## Gras-Versteigerung.

Die diesjährige Gras- und Grumtnutzung von den forstwirtschaftlichen Wiesen an Abteilung 60 und längs der Weißeritz bis zur Fißwiese soll  
Sonnabend den 9. Juli 1921

an Ort und Stelle gegen sofortige Bezahlung unter den vorher bekannt zu gebenden Bedingungen meistbietend versteigert werden.

Beginn: 9 Uhr vormittags dicht unter der Herklogmühle in Rehefeld.

Staatsforstrevierverwaltung Rehefeld, am 23. Juni 1921.

— Bei den zurzeit noch immer verhältnismäßig geringen Warenvorräten werden wohl **Auswahl-Sendungen** überhaupt nur noch wenig vorkommen, jedenfalls sind sie auch wenig zu empfehlen. Bedenkensfrei sind sie sichtlich nur dann, wenn sie der Empfänger ausdrücklich gewünscht hat, denn solchenfalls ist er auch von selbst gehalten, die Musterobjekte für die Dauer des Zurückhaltens sorgsam aufzubewahren. Geschehen solche Sendungen aber freihändig, so ist der Absender mit der Aufbewahrung und Rückgabe auf den guten Willen des Empfängers angewiesen. Die Judikatur und Literatur zum Verhalten eines Empfängers von Auswahl-Sendungen ohne Auftrag ist zwar nicht einseitlich, im allgemeinen bleibt es aber streitig, ob dem Empfänger solcher Sendungen auch nur eine Aufbewahrungspflicht obliegt, eine Rückgabepflicht jedenfalls nicht. Zum mindesten muß der Absender gewärtig sein, daß ihm Auswahl-Objekte im beschädigten Zustande (geknickt, zerknittert, zerbrochen oder verdorben) abgeliefert werden. Für überhaupt fehlende Objekte wäre der Empfänger auch nur schwer verantwortlich zu machen.

**Tal Varenburg.** Ein Radfahrer-Unfall trug sich am Sonntag vormittag an der kleinen Kurve unterhalb der Schäfermühle zu, indem ein Mann die Böschung hinab in die Weißeritz fuhr und eine schwere Wehrerschütterung davontrug. Wie Augenzeugen berichten, soll der Unfall durch ein schnellfahrendes Automobil entstanden sein, welches aber unerkannt entkommen ist. Mittels eines Altenberger Geheims wurde der Verunglückte nach Jinnwald gebracht.

**Dresden.** Nach den Berechnungen der „Dresdner Volkszeitung“ wurden bei den Elternratswahlen in Dresden 28 283 Stimmen für die weltliche Schule und 27 679 Stimmen für die christlichen Elternvereine abgegeben. Gewählt sind 488 christliche Vertreter und 463 Vertreter der weltlichen Schule. Hier gaben die katholischen Schulen den Ausschlag mit 71 Vertretern der christlichen und nur einem Vertreter der weltlichen Schule.

— Wie aus einem Geschäftsbericht des Landesverbandes der U.S.P. für Sachsen hervorgeht, betrug der Mitgliederstand in den sächsischen Organisationen der Unabhängigen am 1. April 1920 90 513 und am gleichen Tage des Jahres 1921 nur noch 79 178, sodaß also in einem Jahre ein Rückgang in der Mitgliederzahl um 11 335 eingetreten ist. In dieser Ziffer scheint sich in der Hauptsache die Wirkung der kommunistischen Abspaltung auszudrücken.

— Ein Frauenprotest gegen Luxus. In Dresden haben die Frauen des Dresdner Hausfrauenvereins in einer großen Versammlung am 13. Juni ihrem lebhaften Unwillen Ausdruck gegeben über die Ausländererei in Schmutz und Genuß, wie sie noch in breiten Kreisen unseres Volkes getrieben wird, ferner gegen die große Verschwendung für Luxus- und Genußmittel. Aus der von ihr gefaßten Entschließung seien folgende Worte erwähnt: Die Frauen und Mädchen Dresdens lehnen den Verbrauch ausländischer Luxuswaren ab und wenden sich einmütig gegen eine Lebensführung, welche Ueberfluß vorkäufelt, während Deutschland von schwerer wirtschaftlicher Not und Sorge bedroht ist.

— Am Donnerstag zog sich der 24 Jahre alte Schmiedegeselle L., als er unter einem Möbelwagen mit glühendem Eisen Ausbesserungsarbeiten verrichtete, schwere Verbrennungen zu. Durch umspringende Funken war der verschlossene Möbelwagen, in dessen unterem Teil sich vermutlich Decken usw. befunden haben, in Brand geraten, was aber unter dem Wagen befindliche Gefelle nicht rechtzeitig bemerkt hatte. L. mußte dem Krankenhaus zugeführt werden.

— Zum Deubener Bankraub. Wie bereits kurz gemeldet, suchen Landeskriminalpolizei und Staatsanwaltschaft im Deubener Bankraub den Kommunisten, Schriftsteller und Wandredner Karl Robert Plätner, geboren am 3. Januar

1893 zu Oppode, Kreis Ballenstedt, als einer der Beteiligten. Die Bankräuber, die am letzten Donnerstag im Großen Ostragehege abgefahrt werden konnten, sind zwei Erwerbslose aus Pöschappel bez. dem Plauenischen Grunde. Sie bezeichnen sich als Kommunisten.

**Freiberg.** Vor dem hiesigen Landgericht begann am Montag der Schieberprozess gegen Wartner und Genossen. Die Anklage des Staatsanwalts macht Wartner den Vorwurf des Betrugs gegen den Kommunalverband Freiberg bei der Notstandsversorgung, den der Unterschlagung und des Konkursvergehens. Die Angelegenheit hatte vor Jahresfrist viel Staub aufgewirbelt und war durch den Anklagevertreter Staatsanwalt Weiland vorzeitig in die Öffentlichkeit gekommen. Wartner war in Freiberg in den Kriegsjahren als Oberkommissionär des Kommunalverbandes Freiberg eingesetzt und hatte als solcher die Getreideversorgung des gesamten Landkreises Freiberg zu regeln. Später übernahm er außer diesem Auftrage noch andere Geschäfte, wie Futtermittelversorgung usw. Neben Wartner sind zwei weitere Angestellte seines Geschäftes, der Kaufmann Franz, ein Schwager Wartners, und der Angestellte Dietrich angeklagt. Ihnen stehen drei Verteidiger, davon je einer aus Leipzig, Dresden und Freiberg, zur Seite. Die Anklageschrift ist außerordentlich umfangreich, ebenso werden in den Verhandlungen ganze Stöße von Geschäftspapieren, Bücher usw. durchberaten. Im ganzen wird die Verhandlung etwa 10-12 Tage in Anspruch nehmen. Die drei Angeklagten haben eine Unterpfandhaft von etwa 1/3 Jahr hinter sich. Wartner und Franz sind wegen kleinerer Vergehen gegen die Kriegswirtschaftsbestimmungen mit mehreren Geldstrafen zwischen 300 bis 5000 M. vorbestraft.

**Dohna.** In der Stadtverordnetenversammlung wurde ein Vortrag über Kriegsfriedelung gehalten. Der Vortragende kam zu dem Schluss, daß ein Siedler 1300 bis 1400 M. Miete aufbringen muß.

**Pirna** ermäßigt die Musikinstrumentensteuer für Kleininstrumente auf 5 M. und hebt mit dem 1. Juli die Fremdensteuer wieder auf.

**Pirna.** Der Haushaltsplan schließt bei 10 1/2 Millionen Bedarf mit 5 1/2 Millionen Fehlbetrag ab.

**Copitz.** Die Gemeinde bezog im Vorjahre 18 127 Kilowattstunden elektrischen Strom, verkaufte aber nur 12 065 Kilowattstunden. Die Differenz ist in der Hauptsache Verlust für dessen Höhe man eine Erklärung sucht. — Die auf Anraten des Wänscheltrutenforschers von der Gräfin vorgenommenen Bohrungen hatten selbst bei 50 Metern Tiefe kein Ergebnis, sodaß man sie aufgibt. — Nichtöffentliche Tanzmusik will man hier mit 20 Pf. Kartensteuer pro Person belegen.

**Kausa.** Der Gemeinderat genehmigte den neuen Gaspreis von 1,70 M. und beschloß zur Deckung der Verwaltungsausgaben noch 10 Pf. Zuschlag zu erheben.

**Leipzig.** Die ganze Woche über waren auf der Wasserfläche der Pleiße tote Fische in Menge zu bemerken. Das Fischsterben ist auf den Zufluß giftiger Abwässer aus den anliegenden Fabriken zurückzuführen, doch ist noch nicht gelungen, den Seuchenherd zu entdecken. Fischvergiftungen in der Pleiße sind jedes Jahr vorgekommen, diesmal kann man aber fast von einem Aussterben der Fische sprechen. Der sächsische Fischereiverband in Dresden hat telegraphisch Proben des verunreinigten Wassers eingefordert.

**Adorf.** In gemeinschaftlicher Sitzung der städtischen Kollegien befaßte man sich mit der Ausführung von Wohnungsbauten. Es wurde beschlossen, die der Stadt in Aussicht gestellten Baukostenzuschüsse von 700 000 M. nicht der Bezirksfiedelungsgesellschaft zu Siedelungsbauten, wie von dieser beantragt, zur Verfügung zu stellen, sondern zur Ausführung von Wohnungsbauten durch die Stadt zu verwenden. Es soll ein Doppelwohnhaus, bestehend aus 3 Vollgeschossen mit je 4 Wohnungen errichtet werden. Dafür sollen vom Stadtbauamt die erforderlichen Vorarbeiten ausgeführt werden.

**Grimmitschau.** Ein 18jähriger Dienstknecht fuhr mit seinem Rade die von Weißbach nach Vollmershain führende steile Straße herein. Dabei geriet er mit aller Wucht an ein unten stehendes Wohnhaus, so daß er schwere Verletzungen davontrug, die seinen Tod herbeiführten.

Der Zirkus Rudolfo brachte dieser Tage seine Wagen nach dem Güterbahnhof, wobei ein Elefant als Vorspanndiente. Hierbei wurde dieses ungewöhnliche Zugtier in der Zwischener Straße unruhig und ging mit einem der Wagen durch. Obgleich es bald gelang, das aufgeregte Tier zu besänftigen, wurde durch dieses doch ein Torpfeller umgerissen und einige Abflusproben an den Häusern wurden beschädigt.

**Bautzen.** Die Granitindustrie der sächsischen Oberlausitz befindet sich gegenwärtig in ersten Schwierigkeiten. Lieferungsaufräge gehen nur spärlich ein, für Pflastersteine fast gar nicht. Die Werke arbeiten in der Hauptsache nur auf Lager. Das Ausbleiben von Aufträgen hat seinen Grund darin, daß die Bautätigkeit fast ganz ruht und bei Gemeinden und Behörden Geldmangel zur Ausführung der notwendigen Pflasterarbeiten herrscht. Außerdem fragen die hohen Steuern und die überaus hohen Frachten dazu bei, Aufträge zurückzuhalten.

**Bautzen, 27. Juni.** Der päpstliche Nuntius Erzbischof Pacelli verließ heute Montag früh Bautzen und fuhr im Auto nach Siebitz. Bis hierher waren ihm 12 Reiter des Klosters Marienstern und die Gemeindevorstände der umliegenden Ortschaften entgegengeritten. Sie eskortierten den klostertlichen Wagen, der ihn nach dem Kloster Marienstern brachte. Hier wurde er an der Kirchentür von den Geistlichen des Klosters empfangen und vom Prälaten des Stiftes Ofteg begrüßt. Die Geistlichen geleiteten ihn nach der Kirche, wo er eine stille Messe zelebrierte. Nach dem Frühstück besuchte er die Abtei und fuhr im Wagen nach Crostwitz, wo nachmittags die Hauptfestlichkeiten stattfinden und der neuernannte Protonotar Skala (Bautzen) seine erste Pontifikalmesse zelebriert.

**Löbau.** Am 25. und 26. Juni beging die Stadt Löbau das Fest ihres 700jährigen Bestehens. Die Feierlichkeiten be-

gannen Freitag abend mit der Aufführung der Jahreszeiten in der Nikolalkirche und turnerischen Vorstellungen auf dem Sportplatz. Sonnabend mittag fand ein Festaktus statt. Bürgermeister Dr. Schaar Schmidt begrüßte die Erschienenen und gab einen kurzen Rückblick auf die 700jährige Geschichte, aus der das gegenwärtige Geschlecht lernen sollte Mut zum Ausbarren in schwerer Zeit, Verteidigung der alten Rechte und Liebe zur Heimat. Das Reich strebe nach Zentralisation, demgegenüber müßten die Gemeinden ihre alten Selbständigkeiten mit allen Mitteln zu halten suchen. Ministerpräsident Bück, der in Begleitung von Ministerialdirektor Schulze erschienen war, überbrachte Glückwünsche der sächsischen Regierung und mahnte zur Gemeinsamkeit der Pflicht und des Handelns. Oberbürgermeister Niebner, Bautzen, übermittelte die Glückwünsche der Lausitzer Sechsstädte. Das Gefühl der Zusammengehörigkeit, das den Städtebund erzeugt habe, gelte auch heute noch unter den Städten. Er kennzeichnete die deutschen Städte als Staatsbürger Schulen, deren Aufgabe sei, die künftigen Führer am Volke heranzubilden. Jeder Volksführer müßte diese Schule durchgemacht haben. Die sächsischen Sechsstädte Bautzen, Jittau und Kamenz überreichten der Schwesterstadt ein Geschenk. Die Oberlausitzer Landstädte ließen durch den Landältesten, Kammerherrn Freiherr v. Vietinghoff-Riesch, eine Glückwunschkunde überreichen; Landeshauptmann v. Wedebach und Postiz-Jänkendorf überbrachte Grüße der Oberlausitzer Gesellschaft der Wissenschaften, die mit der Stadt nunmehr 1 1/2 Jahrhundert verbunden ist. Einen besonderen Gruß sandte Kamenz durch seinen Bürgermeister Dr. Dietrich, der der Jubelstadt ein Lichtbild der Urkunde — der einzigen noch erhaltenen — überreichte, die die Städte bei der Gründung des Bundes im Jahre 1346 untereinander aus tauschten. Weitere Wünsche brachten Kammerat Reiche, Bautzen, namens der Jittauer Gewerkekammer und ein Vertreter der Jittauer Handelskammer. Auch schriftliche Glückwünsche waren eingegangen, u. a. vom Generalfeldmarschall v. Hindenburg, der Ehrenbürger von Löbau ist. Zum Schluß hielt Studienrat Staubinger einen Vortrag über: „Die wirtschaftliche Entwicklung Löbaus bis zum Jahre 1830.“ Am Abend wurden in verschiedenen Sälen der Stadt Heimatspiele aufgeführt.

## Der Wille zum Opfer.

In den nächsten Wochen werden den Reichstag die gewaltigen neuen Steuerentwürfe vorgelegt, die zur Erfüllung der Londoner Ultimatus für erforderlich erachtet werden. Aus Reichert parlamentarischen Kreisen erhalten wir dazu folgende Zuschrift, die wir unseren Lesern nicht vorenthalten wollen.

„Auf die Annahme des Londoner Ultimatus soll nunmehr die Erfüllung folgen, und so tritt denn die Reichsregierung mit steuerlichen Anforderungen an unser Volk heran, wie sie niemals die Geschichte einer Nation zu verzeichnen gehabt hat. Erst jetzt wird es vielen klar werden, welche gigantische Bürde uns auferlegt ist, welcher schweren Weg wir zu gehen haben. Werden wir ihn gehen können? Wir müssen, denn nur so vermögen wir das Ultimatum zu erfüllen. Parteihaß und Parteihader haben uns getrennt, unser Leben vergiftet, Feindschaft in unseren Reihen gefät, wo Liebe und gegenseitiges Vertrauen herrschen sollten. Sind wir denn nicht alle Kinder eines Landes, Schicksalsgenossen in schwerem Leid und tiefster Bedrängnis? Haben wir nicht gemeinsam die furchtbaren Jahre des Krieges durchlebt, so manchemal in bitterer Not einander suchend? Wohlan! die kommende Zeit verlangt ein einziges Volk, das in allen seinen Gliedern bereit ist, das Unvermeidliche zu tragen und sich aus dem Dunkel unserer Tage zu einer helleren Zukunft emporzuarbeiten. Ungehener sind die Aufgaben, die uns harren. Gilt es doch, Summen aufzubringen, die selbst in dieser Zeit des gänzlich veränderten Zahlensinnes nur schwer vorstellbar sind. Das wird aber nur möglich sein, wenn ein jeder unter uns seine Pflicht tut an seinem Teile. Arm und reich, Kapitalist und Arbeiter — jung und alt — an jeden ergeht der Ruf!

Niemals wird diese Frage gelöst werden können durch die Entfesselung gehässiger politischer Kämpfe, dadurch, daß man weiter wie bisher die Brandfackel des Parteigegens in die Trümmerwelt unseres staalichen Daseins schleudert. Von diesem Standpunkt aus werden wir das große Problem nicht meistern können. Es wird dazu guter Nerven und ruhiger Objektivität bedürfen.“ Diese Worte des Reichstanzlers zeichnen den Weg vor, bei der Behandlung der kommenden einschneidenden Finanzreform. Diese „ruhige Objektivität“ wird den unvermeidlichen Interessenkämpfen ihre Schärfe zu nehmen haben, wird dazu führen müssen, daß alle, die leisten können, bis zum Äußersten das Ihrige tun. Für den alles zerbrechenden wirtschaftlichen Egoismus ist in der schwersten Zeit der deutschen Not kein Raum. Das dürfen wir ganz besonders bei den bevorstehenden Steuerkämpfen nicht vergessen, sollen wir jemals wieder einen Wiederanstieg des deutschen Volkes zu neuer Größe erleben.“

## Die obereschlesische Abstimmung.

Die Interalliierte Kommission in Opatowitz hat sich lange Monate Zeit gelassen, ehe sie das für sie amtliche Ergebnis der obereschlesischen Abstimmung bekannt gab. Nun, da es bekannt gegeben wurde, versteht man das lange Zögern. Mit allen polnisch-französischen Rechenkünsten ist es nunmehr vorbei. Nicht nur, daß 709 378 deutschen Stimmen lediglich 479 747 polnische Stimmen gegenüberstehen, die deutschen Stimmen also eine überwältigende Mehrheit aufweisen, zeigt sich auch, daß 55 v. Hundert aller obereschlesischen Gemeinden für Deutschland gestimmt haben, nämlich 845 gegen 691. Das sind andere Zahlen, als die von den Polen bisher in die Welt hinausgeschrien. Bisher hatte man sich auf polnischer Seite immer damit gebrüstet, daß zwar die Gesamtstimmenmehrheit für Deutschland entschieden habe, daß aber

die Gemeinden als solche in ihrer Mehrheit polnisch gestimmt hätten. Gleichviel, ob eine Gemeinde 50 oder 100 000 Einwohner hatte, die Polen behaupteten die Mehrheit der Gemeinden habe sich für Polen entschieden und nur diese Tatsache sei maßgebend, nicht aber die Gesamtzahlen. Und nun zeigt sich, daß auch nach Gemeinden geordnet die Mehrheit, und zwar 54 v. H., sich für Deutschland entschieden, daß also die Polen in ihrer Propaganda nach der Abstimmung mit falschen Zahlen gearbeitet haben. Mit Zahlen kunststückchen der genannten Art und der darauf begründeten Abstimmungsverfälschung dürfte es nunmehr vorbei sein, und der Verband wie die objektive urteilende neutrale Welt werden überhaupt zu tun, sich die amtlichen Abstimmungszahlen einma anzusehen.

Da zeigt sich, daß nicht nur alle großen Städte in ihrer Mehrheit deutsch gestimmt haben, sondern auch die zu ihnen gehörenden Landkreise. Bedäufte die Kreise Pleß und Rybnitz, nicht aber die Städte haben eine polnische Mehrheit, desgleichen Tarnowitz

und Groß-Strehlitz, wobei es sich im Kreise Groß-Strehlitz nur um einen Unterschied von 23 036 polnischen gegen 22 145 deutsche Stimmen handelt. Eine einzige Stadt, und zwar das kleine Landstädtchen Alt-Berun im Kreise Pleß, hat eine polnische Mehrheit aufzuweisen. Das ganze Industriegebiet hat in seiner Mehrheit für Deutschland entschieden und damit bewiesen, daß es nach dem Versailler Vertrag zu Deutschland gehört.

Selbst die Mehrheit in den Kreisen Pleß, Rybnitz und Tarnowitz, sowie das kaum als Mehrheit anzusprechende Stimmverhältnis im Kreise Groß-Strehlitz zeigt sich in anderem Lichte, wenn man die Ursachen dieses Ergebnisses unter die Lupe nimmt. Es handelt sich hierbei nämlich um die landwirtschaftlichen Kreise, in denen die Polen mit Land gefördert wurden. Man hat ihnen die Aufstellung des Großgrundbesitzes versprochen und dadurch ihre Stimme für Polen erlangt. Die Folge dieses Stimmfanges ist aber auch die Ökonomie, die heute unter den polnischen Kleinlandwirten herrscht und die Skorant zu schaffen macht.

Deutschland und Oberschlesien dürfen jedenfalls mit dem amtlichen Ergebnis der Abstimmung sehr zufrieden sein, wäre das nicht der Fall, so hätte die Doppelner Kommission es sicher schon vor Monaten veröffentlicht.

## Die Räumung Oberschlesiens.

Rückzug der Insurgenten bei Ratibor.

Die Insurgenten haben das zwischen der Interalliierten Kommission und dem Jüvischer-Ausschuß zustandgekommene Abkommen über die Räumung des obereschlesischen Industriegebietes angenommen und sich verpflichtet, zu dem festgesetzten Zeitpunkt mit der Räumung zu beginnen. Im südöstlichen Bezirk rücken die Insurgenten ab; seit Freitag nachmittag wird der Abbau der Insurgentenfront und die Aufhebung der einzelnen Ortsquartiere durchgeführt.

Auch der deutsche Selbstschutz zieht sich zurück.

Nach vorliegenden Meldungen aus Oberschlesien vollzieht sich der Rückzug des deutschen Selbstschutzes aus den vordersten Kampflinien bisher ohne Störung. Es ist anzunehmen, daß zur vorgeschriebenen Zeit die erste Linie des Gesamtplanes von allen deutschen Kräften erreicht sein wird. Ueber den Rückzug der Insurgenten liegen bisher bestimmte Nachrichten noch nicht vor.

Brandstiftung durch die Insurgenten.

Inzwischen treiben die Insurgenten ihr Unwesen ungehindert weiter. Nachdem die Versuche der Hindenburg Luftwaffenabteilung, durch Steuern Geld aufzutreiben, fehlschlagen sind, versuchen sie auf andere Weise, der Erde in ihrer Kasse abzuhelfen. So ist der Hindenburg Kaufmannschaft aufgetragen worden, bis Sonntag eine halbe Million als „Darlehen“ bei der Bank Ludowig einzuzahlen. Die Fleischzerinnung sollte in der gleichen Weise eine viertel Million, die Bäckereiunion 21 000 Mark und die Gaswerkunion 100 000 Mark zahlen. Der Kreisinspektleur hat dem polnischen Kommandanten den Befehl erteilt, dafür zu sorgen, daß die Einzahlung bei Gelder unterbleibt.

In einer Kundgebung der Gleiwitzer Stadtverordneten wird hervorgehoben, daß die Gefahr einer gänzlichen Arbeitslosigkeit in Oberschlesien in die nächste Nähe gerückt sei.

## 7. Mittelsche Rundschau.

— Berlin, den 28. Juni 1921.

— Reichspräsident Ebert ist von seiner Erholungsreise aus Bad Mergentheim in Berlin wieder eingetroffen.

— Der deutsche Kronprinz ist in Begleitung des Värjermesters von Wieringen in Doorn zu einem Besuch für mehrere Tage angekommen.

— Nach einem Beschluß der Reparationskommission werden die deutschen Zahlungen im Juni nicht in Dollartausführung erfolgen.

— 2,2 Millionen Tonnen Reparationskohle im Juni. Die Reparationskommission hat beschlossen, die auf Reparationskonto abzuleifernde deutsche Kohlenmenge für den Monat Juni auf 2 200 000 Tonnen festzusetzen. Es ist die gleiche Menge, die von der Kommission bereits für die vergangenen Monate festgesetzt worden war.

— Verminderung der amerikanischen Rheintruppen. Der amerikanische Staatssekretär für Kriegsanangelegenheiten, John Weeks, kündigte offiziell an, daß die amerikanische Rheinarmee am 1. Oktober von 12 000 auf 5500 Mann verringert werden solle. Diese Herabsetzung sei durch Entscheidung des Kongresses bedingt, wonach die Truppenzahl des amerikanischen Heeres auf 150 000 Mann herabzubringen sei. — Auch die Kosten der Besatzungsarmee werden voraussichtlich endlich herabgesetzt werden. Nach einer Brüsseler Meldung des „Temps“ wird die Frage gegenwärtig von den Sachverständigen der verbündeten Regierungen geprüft. Die Angelegenheit soll demnächst

In London bei der Zusammenkunft der allierten Finanzminister genehmigt werden. Belgien wünsche angeblich, daß für die Befugungskosten eine Gesamtschuldsumme von ungefähr 250 Millionen Goldmark festgelegt werde.

**11 Auflösung der Gewerkschaften.** Mit Rücksicht auf den am 30. Juni bevorstehenden Ablauf der im Ultimatum für die Auflösung gesetzten Frist hat die Reichsregierung nunmehr die formellen Bekanntmachungen über die Auflösung der Einwohnerwehren in Bayern, der Orts- und Grenzwehren in Ostpreußen und der Organisation Escherich erlassen. Von der amtlichen Veröffentlichung dieser Bekanntmachungen an, die am Montag im „Reichsgesetzblatt“ erfolgt ist, sind die Organisationen aufgelöst. Ihre Eintragung im Register ist von Amts wegen zu löschen. Die Beteiligung an den aufgelösten Organisationen ist strafbar. Personen, die sich an einer der aufgelösten Organisationen als Mitglieder beteiligen, werden mit Geldstrafe bis zu 50 000 Mark oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten oder mit Festung bis zu gleicher Dauer bestraft. — Die Reichsregierung richtet an alle Beteiligten die dringende Aufforderung, sich mit Rücksicht auf die Zwangslage in die gegebene Notwendigkeit im vaterländischen Interesse zu fügen.

**12 Die neue Umsatzsteuer.** Ueber die Erhöhung der Umsatzsteuer sind allerhand alarmierende Gerüchte im Umlauf. Wie u. a. auf der Dresdener Tagung des Landesverbandes Sachsen, des Reichsbundes des Textilgewerkschafts, mitgeteilt wurde, soll der Plan bestehen, die Umsatzsteuer, die bekanntlich von 1 1/2 auf 5 Prozent erhöht werden sollte, darauf abzuändern, daß sie nur noch beim Übergang vom Verbraucher erhoben wird, jedoch in Höhe von 10 Prozent. Hiergegen erhob der Einzelhandel, als der davon am schwersten betroffene, schärfsten Einspruch.

**13 Gegen die Aufhebung im Reichstag.** Die unerfreulichen Vorgänge in den letzten Sitzungen des Reichstages haben die Forderung auf Verschärfung der Geschäftsordnung wieder wachgerufen. Da jedoch die Verabschiedung der neuen Geschäftsordnung des Reichstages sich bis zum Spätherbst hinauszuziehen kann, dem Reichstagspräsidenten aber bereits jetzt wirksamere Machtmittel eingeräumt werden müssen, haben die Demokraten einen Antrag gestellt, nach dem der Präsident, wenn ein Abgeordneter in einer Sitzung dreimal zur Ordnung gerufen worden ist, ihm das Betreten des Reichstagsgebäudes auf eine Zeit bis zu sechs Wochen untersagen darf und berechtigt ist, die zur Ausführung seiner Anordnung erforderliche Macht von der vollziehenden Gewalt anzufordern. Während der Zeit des Ausschlusses verliert der Abgeordnete seine Ansprüche auf Entschädigung aus dem Gesetz vom 10. Juli 1920.

**14 Der Ausnahmezustand in der Provinz Sachsen** ist für die Bezirke Magdeburg, Erfurt und Merseburg aufgehoben worden. Ausgenommen von dieser Aufhebung sind die Kreise Bitterfeld, Giesleben-Stadt, Halle-Stadt, Mansfelder Gebirgskreis, Mansfelder Seekreis, Merseburg-Stadt, Merseburg-Land, Querfurt, Saalkreis, Weißenfels-Land und Weißenfels-Stadt.

**15 Der sozialdemokratische Parteitag** ist vom Parteivorstand der S. P. D. auf Sonntag, den 18. September, in die Stadthalle nach Görlitz einberufen. Als vorläufige Tagesordnung ist festgesetzt: 1. Bericht des Parteivorstandes; 2. Bericht der Kontrollkommission; 3. Bericht der Reichstagsfraktion; 4. Die Wirkung des Berliner Vertrages auf die innere und äußere Politik Deutschlands; 5. Das Parteiprogramm; 6. Anträge; 7. Wahl des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und des Ortes, an dem der nächste Parteitag stattfinden soll. — Am 17. September findet ebenfalls in Görlitz eine sozialdemokratische Reichsfrauentagung statt, deren vorläufige Tagesordnung lautet: 1. Die Arbeiterfrau in der Gemeinde; 2. Die wirtschaftliche, soziale, c) Vereinsarbeit; 3. den Bericht über den Stand der Frauenbewegung wird Frau Marie Zuhacz erstatten.

**16 Der neue Reichskommissar für die besetzten Gebiete.** Zu der Meldung, daß als Nachfolger des Reichskommissars für die besetzten Gebiete, von Starb, Fürst Hagfeldt in Aussicht genommen sei, wird von zuständigen Koblenzer Stelle berichtet, daß es sich nicht um den früheren deutschen Plebiszitkommissar in Oberschlesien Fürsten Hagfeldt handelt, sondern um den Fürsten Hagfeldt-Wildenburg, einen Sohn des früheren Botschafters in London. Fürst Hagfeldt-Wildenburg ist Rheinländer und auf Schloß Crotthoff bei Kittenkirchen ansässig.

**17 Holz und das Ansehen der Gerichte.** Der internationale Reichstagsabgeordnete Graf (Häring) hat folgende Anfrage an die Reichsregierung gerichtet: Der Prozeß gegen den Kommunisten Max Holz hat von neuem gezeigt, daß die Gerichte gegenüber widersetzlichen Angeklagten in der Hauptverhandlung machtlos sind. Dadurch wird das Ansehen der Gerichte beim Volke aufs schwerste geschädigt. Ist die Reichsregierung bereit, gegen diesen Mißstand, der viel böses Blut macht, auf gesetzgeberischem Wege einzuschreiten? — Wer die Verhandlungen im Holzprozeß genau verfolgt hat, wird das Verlangen der Abgeordneten nicht unberechtigt finden können.

## Rundschau im Auslande.

Die drei deutschen Torpedoboote „U 63“, „U 64“ und „U 108“ sind an die polnische Regierung verkauft worden.

Im Wiener Stadtpark fand die Enthüllung des Denkmals für Johann Strauß, den Walzerkönig, statt.

Wie „Matin“ mitteilt, hat Belgien im Kammeramtseinsatz für Auswärtige Angelegenheiten erklärt, die nächste Sitzung des Obersten Rates finde in Paris statt.

Die italienische Kammer hat das sozialistische Misstramsvotum mit 234 gegen 300 Stimmen bei 6 Enthaltungen abgelehnt.

Englische Firmen haben Abkommen mit amerikanischen Firmen auf Lieferung von 500 000 Tonnen Kohlen abgeschlossen, die auf 75 Schiffen nach England transportiert werden sollen.

Mit zum 1. April d. J. sind in Rußland 1168 Milliarden Wabiergeld gedruckt worden.

**18 König Viktors von Spanien** ist am Sonntag in Paris angetroffen.

**19 Samuel Gompers** ist zum 21. Male zum Präsidenten der amerikanischen Arbeiterversöderation wiedergewählt worden.

In Mexiko wurden bei einem Gefecht mit Banditen 1000 von Nuevo-Laredo acht mexikanische Soldaten getötet und 200 verwundet.

## Frankreich: Die Wirtschaftskrise in Lothringen.

Die wirtschaftliche Lage in Lothringen verschlechtert sich von Tag zu Tag. Von 88 Hochöfen, die früher alle gearbeitet haben, sind jetzt 64 stillgelegt worden, und nur noch 25 sind in Tätigkeit. Die meisten Hüttenwerke haben ihren Betrieb geschlossen. Die Zahl der Arbeitslosen ist daher ständig im Ansteigen begriffen und viele Arbeiterfamilien härten in Arge Brotlos sein. Die lothringische Arbeiterschaft neigt immer mehr dem Kommunismus zu. In einer Reihe von lothringischen Ortschaften trug die kommunistische Partei bei den Gemeinderatswahlen in den letzten Wochen die Mehrheit davon. In Metz wurde eine Versammlung der unabhängigen Gewerkschaft, in welcher der General Dirschauer sprach, von 1500 Kommunisten gedrängt.

## England: Völkerverbundfeier in London.

Am Anlaß des zweiten Jahrestages der Gründung des Völkerverbundes fanden in London im Hyde-Park große Kundgebungen statt. Alle 48 Nationen des Völkerverbundes waren vertreten. In Massenversammlungen wurden von den verschiedenen Rednern aller Länder Ansprachen über den Völkerverbund gehalten. Unter den Rednern befand sich auch Lord Cecil und der Erzbischof von Canterbury. An dem großen Umzuge, der zur Verherrlichung des Völkerverbundgedankens diente, nahmen die Vertreter der Nationen in ihren Nationalkostümen teil. Den einzelnen Sägen wurden ihre Nationalflaggen vorangetragen. Zahlreiche Musikkapellen mit den denkbar reichhaltigsten Musik-Instrumenten der Welt vervollständigten das Bild. Ein tausendköpfiger Chor trug Lieder vor. Eine Volkshand des Präsidenten der britischen Völkerverbunds-Union Lord Grey gelangte zur Verlesung, in der darauf hingewiesen wird, daß die einzelnen Völker machtlos sind, wenn es gilt, einen Krieg zu vermeiden, das aber der Völkerverbund ihnen dies Macht gibt.

## Irland: Versöhnung oder gewalttätige Unterwerfung?

Neuer meldet: Lloyd George hat an den Präsidenten der irischen Republik De Valera ein Schreiben gerichtet, in dem de Valera und seine Parteigenossen unter Gewährung freier Geleits eingeladen werden, nach London zu kommen, um dort mit dem Premierminister von Nordirland jede Möglichkeit einer Lösung der irischen Frage zu prüfen. Das Schreiben sagt ferner, die britische Regierung sei von dem heißen Wunsche befeuert, den vererblichen Streit zu beenden, der jahrhundertlang die Beziehungen zwischen den beiden Ländern Irland und England verbittert. In London bezeichnet man die Einladung als letzten Schritt der englischen Regierung. Sollte de Valera nicht nach London kommen, wäre die englische Regierung entschlossen, mit den schärfsten Maßnahmen vorzugehen. 200 000 Mann sind sich in Irland befinden, sollen unmittelbar in Marsch gesetzt werden und Befehl erhalten, alle Auffstandsbehebungen blutig zu unterdrücken. Der Unterdrückungsseidung soll am 12. Juli seinen Anfang nehmen, sofern die Irländer bis dahin die Bedingungen der englischen Regierung nicht angenommen haben.

## Griechenland: Die Bajonette sollen entscheiden.

Der Krieg im Orient erscheint unabwendbar. Die griechische Regierung hat das Vermittlungsangebot der Alliierten in dem griechisch-türkischen Konflikt dankend abgelehnt und erklärt, die Lage sei derart, daß nur die militärischen Interessen ihre Haltung bei ihren Entscheidungen zu bestimmen vermöchten. Der griechische Generalstab hofft mit der Offensive etwaigen türkischen und russischen Verstärkungen für die Kemalisten zuzukommen. Inzwischen befiel sich die türkisch-nationalliberale Regierung von Angora ihre Lage zu verbessern. Wie aus Paris gemeldet wird, plant Mustafa Kemal einen Staatsstreich, um die englandfreundliche Konstantinopeler Regierung zu gestürzen und eine gemeinsame Regierung zu stiften, die dann sofort die Offensive gegen Griechenland aufnehmen soll. Mustafa Kemal erhält Unterstützung und Munitionsschüsse von den Bolschewisten und den Italienern. Die Italiener liefern bisher 2000 amerikanische Maschinengewehre. Auf weissen russische Truppenverstärkungen aber den Kauf aus. Der bolschewistische Außenminister Tschitscherin wird in den nächsten Tagen in Angora erwartet. Er wird dort mit den persischen Delegierten zusammentreffen, um gemeinsam mit der Regierung von Angora über ein bolschewistisch-türkisches Bündnis zu beraten.

## Vereinigte Staaten: Ueber 105 Millionen Einwohner.

Die letzte Volkszählung in den Vereinigten Staaten hatte folgendes Ergebnis: 94 822 431 Weiße, 10 463 013 Neger, 242 959 Indianer, 111 023 Japaner und 9485 andere Farbige. Von den Japanern wohnen in Kalifornien allein 71 952.

## Aus Stadt und Land.

**20 Studenten zur Gruchhilfe.** Die Gesamtvorstandschaft des Bayerischen Christlichen Bauernvereins hat beschlossen, an sämtliche Mitglieder einen Aufruf zu erlassen zur Organisation einer Studentenhilfe. Es soll aufgefordert werden, in der Zeit von Anfang Juli bis Ende Oktober möglichst viele arme Studenten bei den Entarbeiteten zu beschäftigen.

**21 Deutschland nicht versenkt.** Der „Rotterd. Courant“ meldet: „Aus Lloyds Liste geht hervor, daß die Havas-Meldung, das Handelsunterseeboot „Deutschland“ sei bei einer Schießung in den Grund gebohrt worden, nicht zutrifft. Das Schiff befindet sich jetzt in Birkenhead bei Liverpool im Dock.“

**22 Das letzte deutsche Luftschiff abgeliefert.** Das Luftschiff „Bodensee“ wird in den nächsten Tagen nach Italien abgeliefert werden. Mit seiner Ueberführung in die Luftschiffhalle von Capetane bei Rom wird Deutschland kein Zeppelinluftschiff mehr besitzen.

**23 Das Münchener Oktoberfest** soll in diesem Jahre, wie in der Vorkriegszeit, in großem Stile gefeiert werden. Auch die landwirtschaftliche Ausstellung wird, wie dies vor dem Kriege der Fall war, dieser bayerischen Nationalfestfeier wieder angegliedert werden.

**24 Eine gefährliche Haubitz.** Eine niedliche Episode wird aus Nordhausen berichtet: Auf Grund einer Photographie, die dem Feindbunde in die Hände gespielt worden war, wollte in Nordhausen eine Entente-Kommission, die bei Nacht und Nebel in zwei Autos ankam, auf einem bäuerlichen Gehöft eine schwere Haubitz beschlagnahmen, die dort verborgen

sein sollte. Nach längerem vergeblichen Suchen fand man das vermeintliche schwere Geschütz in einem Schuppen in Gestalt eines blaubauchigen Fauchschafes. Die Besichter der französischen Offiziere wurden angesichts dieser Aufklärung um ein Bedeutendes länger.

**25 Der Haftbefehl gegen Kasparek aufgehoben.** Der Haftbefehl gegen den unabhängigen Landrat a. D. Kasparek ist vom außerordentlichen Gericht in Nordhausen aufgehoben worden, da der Verdacht, an dem Märzunruhen beteiligt gewesen zu sein, gegen Kasparek nach den neuen Zeugenaussagen nicht mehr besteht. Kasparek war bekanntlich gegen eine Sicherheit von 5000 Mark auf freien Fuß gesetzt worden.

**26 Die verschwundenen Schiffe — Alkoholhändler.** Für das Rätsel der auf geheimnisvolle Weise im Atlantischen Ozean verschwundenen amerikanischen Schiffe, die angeblich bolschewistische Seeräuber in die Hände gefallen sein sollen, gibt der Newyorker Berichterstatter der „Daily Mail“ jetzt eine einfache und harmlose Lösung. Er behauptet, aus maßgebender Quelle erfahren zu haben, daß die angeblich von Bolschewisten geraubten Schiffe gar nicht verschwunden sind, sondern sich aller Wahrscheinlichkeit nach in einer der zahlreichen Buchten der Südküsten des Atlantik verborgen halten. Es sei mehr als wahrscheinlich, daß diese Schiffe im Dienste jener ausgebreiteten Organisation ständen, die sich gebildet habe, um alkoholische Getränke in das „trodene Amerika“ einzuschmuggeln.

**27 Absturz eines Verkehrsflugzeuges.** Das Luftfahrzeug B 18 der deutschen Luftreederei ist auf dem Fluge von Dortmund nach Braunschweig in der Höhe der Gartenstadt abgestürzt. Der Führer und sein Begleiter wurden schwer verletzt. Das Flugzeug ist zerstört.

**28 Große Eisenbahnbetriebsstörungen in Hamburg.** In letzter Zeit sind bei der Gepäckabfertigungsstelle im Hamburger Hauptbahnhof zahlreiche wertvolle Gepäckstücke aus den Lagerräumen verschwunden. Nach vielen vergeblichen Bemühungen ist es jetzt endlich gelungen, einen großen Teil der Täter zu ermitteln. Es handelt sich um den Gepäckträger H., der selbst eine Gepäckstücke entwendet und verschoben hat, und nach seiner Entlassung diese Tätigkeit mit Hilfe eines zweiten Eisenbahnangestellten fortsetzte. Beide fanden einen willigen Abnehmer für die gestohlenen Sachen in dem Kaufmann S., der mehrere Reisende beschäftigte, daneben aber Erwerbslosen-Unterstützung bezog. Die Täter wurden verhaftet. Ein namhafter Teil des gestohlenen Gutes konnte wieder herbeigeschafft werden.

## Letzte Nachrichten.

### Ausperrung der deutschen Bankbeamten in Prag.

Prag. Der Streik der tschechischen Bankbeamten in Prag dauert an. Wie der Tschechisch-Sachdienst erfährt, hat sich ein Teil der Prokuristen den Streikenden angeschlossen und erhielt daraufhin die Kündigung. Sämtliche Beamten haben von ihren Anstalten die Aufforderung bekommen, in 24 Stunden die Arbeit wieder aufzunehmen; im Weigerungsfalle müßten sie sich als gekündigt betrachten. Trotzdem wurden in Prag nur 20 Streikbrecher gezählt. Die deutschen Bankbeamten haben zum zweiten Male durch ihre Vertreter ihre Solidarität den tschechischen Kollegen gegenüber ausgesprochen und den Direktionen der Deutschen Banken mitgeteilt, daß sie die Transaktionen der tschechischen Banken nicht durchführen werden. Die Direktionen haben diese Mitteilung abgelehnt, jedoch eine Aussperrung und ein Streik der deutschen Bankbeamten in der Tschechoslowakei zu erwarten ist.

### Die Entente-Kommission prüft den Reichsetat

Berlin, 27. Juni. Die neuernannte Finanzkontrollkommission der Alliierten für Deutschland hat gestern ihren ersten Besuch im Auswärtigen Amte abgestattet. Die Kommission verlangt den ungehinderten Einblick in die Vorbereitungen des neuen Reichsetats.

### Die Schließung der deutschen Festungen im Rheinlande.

Koblenz, 27. Juni. Die interalliierte Befestigungskommission, bestehend aus 7 Offizieren der alliierten Länder, ist in Koblenz eingetroffen zu Konferenzen über Niederlegung der deutschen Festungswerke in den Rheinlanden. In der ersten Sitzung wurde mitgeteilt, daß ein Teil der Werke an der deutsch-französischen und deutsch-belgischen Grenze von den Besatzungsarmeen benützt wird. Der übrige Teil der Werke soll möglichst bald zerstört werden.

### Italien für Aufhebung der Sanktionen.

London, 27. Juli. Nach hiesigen Informationen unterstützt Italien die englische Forderung auf Aufhebung der Sanktionen. Man befürchtet darüber einen sehr lebhaften Konflikt in der nächsten Sitzung des Obersten Rates, die in der zweiten Juliwoche in Boulogne erwartet wird.

## Rituen = Nachrichten.

Mittwoch den 29. Juni 1921.

Dippoldiswalde. Abends 8 Uhr Bibelstunde: Pastor Rosen. Bärenfels. Abends 8 Uhr Bestunde im Diakonissenheim. Apoldorf. Abends 8 Uhr Bibelstunde. Schmiedeberg. Abends 8 Uhr Bibelstunde im Pfarrhaus. Donnerstag den 30. Juni 1921. Dippoldiswalde. Abends 8 Uhr Männerbibelstunde in der Brauhofstraße 310 D. Bärenburg. Abends 8 Uhr Bestunde in der Kapelle.

## Sport = Bericht.

**Fußball.** Neger Sportbetrieb herrschte am vergangenen Sonntag auf dem hiesigen Sportplatz. Bereits 1/2 2 Uhr stand die 1. Jugend „Frisch auf“ — Dippoldiswalde im Gesellschaftsspiel gegen die 1. und 2. Jugend (komb.) von Deuben. Der friedliche Kampf war ein Sieg der Deubener mit 2 : 0. Nachmittags 4 Uhr trat die 1. Mannschaft „Frisch auf“ — Dippoldiswalde mit 2 Mann Ersatz der 1. Mannschaft „Saxonia“ Weißig gegenüber. In der ersten Halbzeit gelang es Weißig, den Ball zweimal durch das Tor der Dippoldiswalder zu senden und nur durch gute Kombination konnte Weißig 1 den Sieg mit 3 : 0 davontragen. — 1/2 6 Uhr konnte dann noch die 2. Mannschaft „Frisch auf“ gegen die 2. „Saxonia“ kämpfen. Dippoldiswalde 2 konnte hierbei mit 6 : 3 als

Unbesiegt den Platz verlassen. — Von 7—8 Uhr abends  
1. Jugend „Frisch auf“ gegen 1. Jugend „Saxonia“ 4:0  
für Weißig.

Produktionsberichte zu Dresden, 27. Juni. Stimmung: lustlos.  
Wein, ab Lager Dresden, unter 5000 kg 125 bis 135. Weizen  
220/230 bis 250. Timothy, (schl.), — bis —. Trockenheu für 50 kg  
netto 71 bis 74. Stroh, ab Dresden, 21 bis 24. Wiesenheu, altes,  
schl., 40 bis 45, ohne Angebot, nicht schl. 30 bis 35. Die Preise ver-  
stehen sich für 50 kg netto, Mais und Weizen für Mengen unter  
5000 kg ab Lager Dresden, Trockenheu für Mengen von min-  
destens 10000 kg, Grasheu für Mengen von mindestens 100 kg  
erfl. Sod. Heu und Stroh in Ladungen von etwa 5000 kg.

**Staatliche Schlachtviehvericherung in Sachsen.**  
Durchschnittspreise zur Berechnung der Entschädigung für die in der  
Zeit vom 1. Juli 1921 bis auf weiteres geschlachteten Tiere in  
Markt für je 50 Kilogramm Schlachtgewicht.

A. Ochsen:

1. vollfleischige, ausgemästete, höchsten Schlachtwertes bis zu 6 Jahren	1350
2. junge fleischige nicht ausgemästete, ältere ausgemästete	1250
3. mäßig genährte junge, gut genährte ältere	1100
4. gering genährte jeden Alters	900
5. a) magere	750
b) abgemagerte, soweit sie nicht nach § 1 Ziffer 1 b des Gesetzes von der Versicherung ausgeschlossen sind	600

B. Bullen.

1. vollfleischige, ausgewachsene höchsten Schlachtwertes	1250
2. vollfleischige jüngere	1100
3. mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere	1000
4. gering genährte	900
5. a) magere	750
b) abgemagerte, soweit sie nicht nach § 1 Ziffer 1 b des Gesetzes von der Versicherung ausgeschlossen sind	600

C. Kalben und Rinder.

1. vollfleischige, ausgemästete Kalben höchsten Schlachtwertes vollfleischige, ausgemästete Rinde höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren und ausnahmsweise auch besonders gut genährte Kalben	1300
2. ältere ausgemästete Rinde und gut entwickelte jüngere Rinde und Kalben	1150
3. gut genährte Rinde und gering genährte Kalben	1000
4. mäßig und gering genährte Rinde und gering genährte Kalben	900
5. a) magere dergl.	700
b) abgemagerte dergl., soweit sie nicht nach § 1 Ziffer 1 b des Gesetzes von der Versicherung ausgeschlossen sind	550

D. Jungvieh im Alter von 3 Monaten bis zu 1 Jahre:

1. gut entwickeltes	900
2. mäßig gut entwickeltes	800
3. gering entwickeltes	650
4. erheblich in der Entwicklung zurückgebliebenes, soweit es nicht nach § 1 Ziffer 1 b des Gesetzes von der Versicherung ausgeschlossen ist	500

E. Schweine.

1. vollfleischige, ausgemästete Schweine höchsten Schlachtwertes, und zwar der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1 1/2 Jahren	1500
2. fleischige Mastschweine und ausgemästete Sauen im Alter bis zu 2 Jahren, letztere mit einem Mindest-Schlachtgewicht von 125 Kilogramm	1300
3. gering entwickelte Mastschweine, sowie ausgemästete Schnittschweine (Mischschweine) und nicht unter Ziffer 2 fallende ausgemästete Sauen	1100
4. nicht ausgemästete Sauen, Schnittschweine (Mischschweine), Zucht-sauen und Zuchtschweine, sowie sehr gering genährte oder mangelhaft entwickelte Mastschweine	950
5. a) magere oder in der Entwicklung zurückgebliebene Tiere b) abgemagerte oder erheblich in der Entwicklung zurückgebliebene Tiere, soweit sie nicht nach § 1 Ziffer 1 b des Gesetzes von der Versicherung ausgeschlossen sind	750

**Platzweih.** Das Brandkonto.  
betrifft  
Zusammenkunft im Klubraum im  
Freitag den 31. 6. abends 8 Uhr  
**guy=nonion**

**Lederne Handtasche**  
mit Inhalt in der Hand verloren.  
Begen Befragung bitte abgeben  
bei Frau Dornig, Gartenstr. 244.

Jüngerer  
**Schmiedegeselle**  
für sofort gesucht.  
W. Kempe, Hufbeschlagmstr.,  
Oberdorfstr. 6, Freiberg Nr. 25.

Seute frische  
**Wurst.**  
Pfund 3 Mark.  
Kochschlächtere Paul Bieder.

Kräfte, dauerhafte  
**Leiter-Wagen**  
empfehlen  
in allen Größen  
**Carl Ritzsche,**  
Serrengasse.

Ein gebr., guterhaltenes  
**Herrenrad**  
steht zum Verkauf.  
**Otto Schmidt,**  
Mechaniker,  
Weißeritzstr., n. d. Post.

Ein guterhaltenes  
**Rinderwagen**  
ist zu verkaufen  
Dresdner Straße 156.

Ein guterhalt. Rinderwagen  
ist zu verkaufen in  
Dippoldiswalde, Schulgasse 106.

**Grasmäher**  
unter zweien die Wahl, fast neu,  
sehr gut gehend, als überflüssig  
zu verkaufen. Walter Eitel,  
Kuppendorf.

Zuverlässiges, tüchtiges  
**Haus-  
mädchen**

für sofort oder später nicht unter  
20 Jahren bei sehr gutem Lohn  
und guter Kost gesucht. Koch-  
kenntnisse erwünscht, jedoch nicht  
Bedingung. Hilfe vorhanden.  
Dresden-Loschwitz, Schillerstr. 19.

**Hausmädchen,**  
zuverlässig und sauber, sofort  
gelucht. Pfarrhaus Radenan.

Rinderwagen  
zu verkaufen sowie  
Rinderbetstelle  
zu kaufen gesucht.  
Gartenstraße 254 B II.

**Reiseförbe,**  
Waldförbe, sowie alle anderen  
Kochwaren, alle Sorten Beizen  
und Würsten, Soutard-Reise, Fuß-  
abstreicher kaufen Sie billig und  
preiswert bei  
**Marg. Jungnickel.**

**Wagung! Nur kurze Zeit!**  
**Speck**  
1a geräuchert, 1 Pfd. 10.50 M.  
**Otto Keller.**

**Häcksel**  
empfehlen  
**A. Oppelt,**  
Dippoldiswalde. Telefon 162.

Ein 5 Monate alter  
**Hund,**  
passend zum Ziehen, ist zu ver-  
kaufen Altenberger Str. 141.

**Bekanntmachung.**

Die Mitglieder der Jagdgenossenschaft Glaschütze werden hier-  
mit eingeladen, Sonntag den 10. Juli d. J. nachmittags 4 Uhr sich  
im Hotel „zur Post“ betrefss Vornahme der Wahl des Jagd-  
vorstandes und eines Stellvertreters zu versammeln.  
Anschließend hieran soll auf Antrag des jetzigen Jagdpächters  
Beschluss betrefss Verlängerung des Jagdpachtverhältnisses um  
weitere 6 Jahre gefaßt werden.  
Glaschütze, den 25. 6. 1921.  
Dawin Werner, Jagdvorstand.

**Esperanto  
Internationale Welthilfssprache**

Mittwoch den 29. Juni abends 8 Uhr beginnt im Restaurant  
Guthaus Dippoldiswalde ein Anfängerkursus in der internationalen  
Welthilfssprache „Esperanto“. Selbige ist leicht erlernbar und  
verbürgt die beste Verständigung aller Völker. Preis des ganzen  
Kurses für Herren 12 M., für Damen 8 M. und für Jugendliche  
unter 17 Jahren 6 M. Kursusdauer ca. 1/2 Jahr.  
**Deutscher Arbeiter-Esperantisten-Bund.**

**Badehaus Kipsdorf-Bärenburg.**  
Kerztliche Leitung Dr. Körner.  
Luftbad. — Sonnenbad. — Stühlsitzbäder. — Dampf-  
bäder. — Kohlenlaure Bäder. — Alle Wasser-  
anwendungen. — Janderlaal. — Schwedische Heil-  
gymnastik und Massage. — Atemgymnastische Kurse.  
Von Mitte Juni an geöffnet.

**Steinbruch Dippoldiswalde**  
Mittwoch den 29. Juni  
**vornehmer Tanz-Abend.**

**Stern-  
Lichtspiele**

2 Tage Mittwoch—Donnerstag 2 Tage  
1/2 9 Uhr  
**Fern Andra**  
in dem großen Drama  
**Die Macht der  
Königin Tjabeau**  
Ein historisches Drama aus der Zeit König Karls VI.  
Ein Ausstattungsspiel, wie es kaum gesehen wurde.  
Reizvoll spannende Szenen. Prachtvollste Handlungen.  
**Rolfs Wette**  
Ein tolles Lustspiel in 3 Akten mit prächtigem Humor.  
Um gütigen Zuspruch bittet **Hedde Fischer.**

**Mittlere Vitörfabrik in Nähe Dresden**  
sucht für das Erzgebirge einen gut eingefährten  
**VERTRETER**  
Gefl. Off. unter J. 104 an die Geschäftsstelle d. Vt.

**Versteigerung.**  
Donnerstag den 30. Juni vormittags 1/2 12 Uhr soll im Hofe  
des Viehhändlers Wolf hier ein Pferd (starke schwarzbraune Olden-  
burger Stute) versteigert werden. Der Kofalkrichter.

Der beliebte  
**Wand-Fahrplan**  
der Linie Hainsberg—Alpade ist zum Preise von 50 Pf.  
wieder zu haben in der  
**Buchdruckerei Carl Jehne.**

**Alpawagen**  
mit und ohne Verdeck,  
**Rinderwagen,**  
bedeutend billiger, schon von  
450 M. an,  
**Leiterwagen,**  
extra stark, kaufen Sie gut und  
preiswert bei  
**Marg. Jungnickel,**  
Schuhgasse.

Konzern Dresdensia  
Technischer Leiter:  
**W. Simm, Berlin**  
gibt v. jeder Einlage summe  
**100% Gewinn**  
neben d. eingezahl. Betrag  
aller 2 Monate in bar aus.  
Einzahl. von 500 M. an tägl.  
Verkehrsanstalt Kurier,  
Dresden, Holbeinstr. 78.  
Tel. 32713.  
Verlangen Sie Prospekt.

Johannisbeeren,  
rote, weiße, schwarze,  
Erdbeeren, Stachelbeeren  
jedes Quantum Obstleit.  
Dänih, Pfahschwig.  
**Carl Jehner.**

**Mähmessenklängen**  
mit Federzweigen (legender Hirsch  
trafen ein bei  
**Carl Jehner.**

**Heu ab Wiese,  
sowie Alee und  
Brachenheu**  
kauft  
**Brauerei Dippoldiswalde.**



**DANK.**  
Für das zu Ehren der  
im Weltkrieg Gefallenen  
errichtete Kriegerdenkmal  
danken wir allen denen  
herzlich, welche bei der Erbauung desselben in un-  
eigennützigster Weise mitgewirkt haben, insbesondere dem  
Vorstandenden des Denkmalausschusses, Herrn Oberlehrer  
Fischer, für seine rastlosen Bemühungen nicht nur  
während des Baues desselben, sondern auch für die  
Veranstaltung der würdevollen Weihe des Denkmals,  
sowie der Gemeinde Oberfrauendorf und den geehrten  
Bereitwilligen für die Niederlegung der kostbaren Kranz-  
spenden und allen denen, welche durch Beteiligung am  
Ehrenzuge ihre Teilnahme zum Ausdruck brachten, so-  
wie Herrn Pfarrer Ludwig—Reinhardtsgemina für die  
erhebende und ausdrucksvolle Welherede.  
Oberfrauendorf, am 24. Juni 1921. H  
**Die Angehörigen der Gefallenen.**

**Statt Karten!**  
Für die uns anlässlich unserer  
**Bermählung**  
in so umfangreicher Weise zugegangenen Glückwünsche  
und Geschenke sagen wir hiermit allen lieben Ver-  
wandten, Freunden und Bekannten unseren herz-  
lichsten Dank.  
**Rudolf Blaschke und Frau Martha**  
geb. Rißke  
nebst Eltern.  
Schmieberg-Dresden, den 25. Juni 1921.

**Einladung!**  
Die diesjährige  
**Hauptversammlung  
des Vereins Heimatdank**  
für die Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde findet  
Freitag den 16. Juli 1921 vormittags 11 Uhr  
im Gasthof „Stadt Dresden“ in Dippoldiswalde statt.  
Tagesordnung:  
1. Jahresbericht.  
2. Rassenbericht.  
3. Bericht über Prüfung der 1918er Rechnung.  
4. Wahl von Rechnungsprüfern.  
5. Neuauflistung der Vereinsjahrgänge.  
6. Neuwahl der von der Mitgliederversammlung zu wählenden Aus-  
schußmitglieder.  
7. Vortrag des Herrn Reg.-Rat Dr. Grohmann über die Einrichtung  
und die Aufgaben des Bezirksamtes für Kriegerversorgung.  
Dippoldiswalde, am 25. Juni 1921.  
v. d. Planig, Amtshauptmann.

**Haus „Seeblick“,  
Paulsdorf.**  
Dienstag, 28. Juni  
**große Kur-Reunion.**  
Anfang 7 Uhr.

**Jugendverein „Dreieinigkei“**  
Mittwoch den 29. Juni im Gasthof Reinberg  
**Versammlung.**  
Um zahlreiches Erscheinen bitten  
der Vorstand

**Blutarme  
Bleichsüchtige  
Nervöse**  
sollten unbedingt  
**Lauchstädter Brunnen**  
trinken!  
Für diese Leiden kann der Lauchstädter  
Brunnen nicht warm genug empfohlen werden.  
Er hat schon vielen Tausenden die denkbar  
besten Dienste geleistet und die erhoffte  
Heilung und Genesung gebracht.  
Naturgemäße Hausrinkkur.  
Seit 200 Jahren ärztlich erprobt und verordnet.  
Machen Sie einen Versuch.  
Literatur und Heilberichte gratis durch den  
Brunnenversand der Heilquelle Lauchstädt Th.  
**Niederlage in**  
Dippoldiswalde: Richard Niemand;  
in Kipsdorf: Drogerie Bucksch.

**Haben Sie eine eilige Sache**  
zu drucken, so rufen Sie telefonisch  
Dippoldiswalde Nr. 3 an. Und was  
möglich ist, wird geschehen!

# Beilage zur Weiseritz-Zeitung

Nr. 149

Mittwoch den 29. Juni 1921

87. Jahrgang

## Von Woche zu Woche.

**Hauptbemerkungen zur Zeitgeschichte.**

Daß Eure Jungen nicht Minister werden, wurde hier neulich gesagt. Angesichts des Prozesses Hölz möchte man sagen: Richter zu werden ist auch eine bedenkliche Berufswahl. Der „hohe Gerichtshof“, der über den mitteldeutschen Bandenführer abzuurteilen hatte, — was hat sich der nicht alles gefallen lassen müssen! Der Angeklagte sagt ihm fortwährend ins Gesicht, daß die angeblichen Richter gedungene Mörder seien, und fügt zu den schärfsten Beschimpfungen die höhnlichsten Witze. Gegenüber solchen Beleidigungen ist der arme Richter so gut wie wehrlos. Er kann wegen Ungebühr Haft verbüßen; aber der Angeklagte sitzt ja schon in Untersuchungshaft. Der Gerichtshof kann Fesselung oder Abführung verordnen, aber damit tut er seinem Gegner nur einen Gefallen, weil dann die Abwicklung der Sache ausgehalten wird. Also was bleibt übrig? Der Richter muß eine dicke Haut haben, eine gewisse Ruhe und eine unerschöpfliche Geduld.

Ja, die Geduld ist eine schwere Sache, aber es scheint so, als wenn sie die zeitgemäße von allen Tugenden ist. Die Geduld hat den heiligen Prozeß Hölz zu einem beschönigenden Abschluß auf der mittleren Linie gebracht (Nacht Rötung Ruchhaus), so daß die Enttäuschungs-Demonstration der Berliner Kommunisten verpuffte.

Weil unsere Brüder an der Oder so viel Geduld und Selbstbeherrschung bewahrt haben, ist es in Oberschlesien noch nicht zum Schlimmsten gekommen, und wir können noch immer hoffen, daß der wesentlichste Teil von Schlesien für Deutschland gerettet wird.

Mit Geduld haben wir uns in das harte Ultimatum gefügt, und wenn wir unter den Lasten auch schwer seufzen müssen, so haben wir doch den Vormarsch der bereitstehenden französischen Regimenter aufgehalten.

Biel Geduld werden wir freilich noch nötig haben, wenn die neuen Steuern sich über uns entladen, wie die Regenwolken der letzten Woche. Zum Trost ist jedoch zu bedenken, daß der schärfste Steuerregulator noch nicht ein so schlimmer Besucher ist, als wenn Banden von Korsaren und Hölz in die Wohnung bringen, um zu „requirieren“, was ihnen gefällt, und niederzuschleusen, was ihnen nicht gefällt.

Wer murren möchte, soll sich erst einmal umhauen, ob es nicht anderen Leuten noch schlechter geht. Wie z. B. Tausenden von unschuldigen Oberschlesien, die wochenlang und monatelang bei Tag und Nacht um ihr Brot und ihr Leben zittern müssen! Wer die Macht hat, kann auf den Tisch schlagen und kommandieren: Jetzt mach still, entweder — oder! Wer ohnmächtig ist, wie Deutschland heutzutage, darf sich den Luxus der Ungeduld nicht gestatten.

Übrigens müssen auch unsere Herren Abgeordneten einen Kursus in Geduld und Selbstbeherrschung durchmachen. Die Stürme im Parlament haben sie gelegentlich so gesteigert, daß aus dem Wortgefecht ein Handgemenge wurde. Lassen sich die Störenfriede durch Gewalt bändigen? Wahrscheinlich gelingt das dem Ältesten ebensowenig, wie den Richtern im Hölz-Prozeß. Immer mit die Ruhe“, sagt der Berliner. Wer aushart, wird vielfach verhöhnt, aber er wird doch eher gekrönt wie der Ungeduldige, der seiner Kopf eingerannt hat.

## Deutscher Reichstag.

— Berlin, den 25. Juni 1921.

Der Reichstag fand sich heute nur zu einer recht kurzen Sitzung zusammen, die wenig über eine Stunde dauerte. Man merkte dem schwach besuchten Hause an, daß es sich bald in Sommerferien für mehrere Monate auflösen gedenkt.

Nachdem das Gesetz zur Sicherung von gewerblichen Schutzrechten deutscher Reichsangehöriger im Zustande dem Rechtsausschuß überwiesen wird, werden die Gesetze über die Zulassung von Hilfsrichtern beim Reichsfinanzhof, über die Ausgabe von Schulverschreibungen zur Ausführung des Zahlungsplanes der Reparationskommission vom 5. Mai 1921 und zur Verlängerung der Geltungsdauer des Gesetzes über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel bis 31. März 1922 in allen drei Lesungen ohne Aussprache verabschiedet.

Zur zweiten Lesung des Nachtragshaushalts des Reichswirtschaftsministeriums liegt eine Entschließung des Ausschusses vor, in welcher eine Nachweisung über die finanzielle Beteiligung des Reiches an Kriegsgesellschaften und ähnlichen Organisationen verlangt wird, ebenso die Vorlage der Jahresabschlüsse dieser Gesellschaften und eine Denkschrift über die finanziellen Ergebnisse.

Hg. Dr. Helfferich (Dnt.) beantragt, die Reichszuschüsse für die Waisen in Frankfurt a. M., in Breslau und Stuttgart zu erhöhen, wie es der Reichsrat vorgesehen hatte. Der Antrag Helfferich wird nach kurzer Aussprache mit den Stimmen der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Demokraten angenommen. Durch diesen Beschluß werden die Reichszuschüsse für die Mutterwitwen in Pölsing auf 12 Millionen, in Breslau auf eine Million, in Frankfurt a. M. auf zwei Millionen und in Stuttgart auf eine halbe Million erhöht. Die Zuschußentschließung über die Kriegsgesellschaften wird ebenfalls angenommen.

Es entzieht eine Debatte über die Kriegsgesellschaften, in der Reichswirtschaftsminister Schmidt erklärt: Die Kontrollstelle des Reiches überprüft das Geschäftsbüro der Kriegsgesellschaften in Verbindung mit dem Rechnungshof. Ueberschüsse der Kriegsgesellschaften gehen an die Reichsverwaltung über. Ein besonderer Ausschuß von 21 Mitgliedern des Reichstages und 7 Regierungsmitgliedern hat das Geschäftsbüro der Kriegsgesellschaften untersucht. Diesem Ausschuß werden sämtliche Bilanzen vorgelegt. Damit ist das Staatsrecht des Reichstages gesichert.

Der Haushaltsplan wird dann angenommen. Das Haus vertagt sich auf Montag 3 Uhr: Nachtragsetats, Flagenfrage.

## Völkerbundsrat und Saargebiet.

Der Völkerbundsrat tagt in Genf und lehnt alle deutschen Einsprüche gegen die Verordnungen der Saarregierung ab. Zunächst die französischen Truppen; die entgegen dem klaren Wortlaut des Friedensvertrages dort noch immer stehen. 7000 Mann französischer Truppen stehen im Saargebiet, und die Regierungskommission glaubt diese Streitkraft zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung nicht entbehren zu können, da sie nicht imstande sei, die Gelber aufzubringen, die für die im Friedensvertrag vorgesehene saarländische Gendarmerie notwendig wären. Die Saarkommission glaubt 4000 Gendarmen halten zu müssen. Da wird man zunächst die Frage aufzuwerfen haben, wer denn die französischen Truppen im Saargebiet bezahlt, und warum ausgerechnet entgegen dem Friedensvertrag die französischen Truppen auf saarländischem Boden weilen müssen, während sie aus den einen Steinwurf von Saarbrücken entfernten österrischen Kasernen jederzeit wenn nötig zum „Schutze von Ruhe und Ordnung“ ins Saargebiet gerufen werden könnten.

Den zweiten Einspruch der deutschen Regierung, der sich gegen die französischen Kriegsgerechte im Saarland und ihre Rechtsprechung richtet, tut man damit ab, daß man erklärt, sie würden „demnächst“ gänzlich aufgehoben und nur noch für Verbrechen gegen die Sicherheit der Franzosen angewandt werden. Was das „demnächst“ zu bedeuten hat, wird sich ja bald zeigen.

Der dritte deutsche Einspruch richtete sich gegen die Einführung der Frankenwährung im Saargebiet. Nach dem Friedensvertrag muß die Mark die offizielle Währung des Saargebiets bleiben, die Saarregierung hat es aber verstanden, der Einführung des Franken immer weiteren Vorschub zu leisten und ihn vom 1. Mai dieses Jahres ab zum Zwangsmittel im Bahnverkehr, bei der Post und Telegraphie zu machen. Nur eine ausgesprochene Sophistik kann behaupten, das sei, da es sich um Regierungsverhalten handelt, kein Eingriff in die vom Friedensvertrag festgelegte Markwährung. Die Regierungskommission erklärt — und der Völkerbundsrat schließt sich dieser Erklärung an —, die Einführung der Frankenwährung habe sich aus praktischen Gründen für unumgänglich notwendig erwiesen, weil es der Regierungskommission auf die Dauer unmöglich sei, ein Budget in Mark und das andere in Franken aufzustellen. Daß man diesen Zwiespalt künstlich herbeigeführt hat durch Einführung des Franken, wird verschwiegen, wie auch verschwiegen wird, mit welchen Mitteln man den Arbeitern und Beamten den Wunsch nach der Frankenwährung beigebracht hat, der heute noch in breiten Schichten der arbeitenden Saarbevölkerung nicht vorhanden ist.

Der Völkerbundsrat hat sich allen Anschauungen des französischen Vorsitzenden der Saarregierung angeschlossen und damit wieder einmal bewiesen, wie parteiisch er zu handeln pflegt.

## Die Lohnsteuer.

Der Steuerausschuß des Reichstages hat die Beratung des ihm überwiesenen Gesetzentwurfes über die Lohnsteuer begonnen und einen Unterausschuß mit der gründlichen Klärung verschiedener Einzelheiten beauftragt.

Die geplante Lohnsteuer macht die bisherige Veranlagungsarbeit bei allen Lohn- und Gehaltsempfängern bis zu 24 000 Mark Jahreseinkommen von jetzt ab überflüssig. Bei Einkommen aus Arbeitslohn bis zu der vorgenannten Höhe gilt die Steuer durch den 10prozentigen Lohnabzug als bezahlt. Als Arbeitslohn gelten alle Einkünfte, die im öffentlichen oder privaten Dienst beschäftigte oder angestellte Personen, gleichviel unter welcher Bezeichnung oder in welcher Form beziehen. Als Arbeitslohn gelten auch Wartegelder, Ruhegehälter, Witwen- und Waisenspensionen und andere Bezüge aus früherer Dienstleistung oder Berufstätigkeit, auch alle Einnahmen für Ueberstunden, die einmaligen Gratifikationen und auch das, was als Aufwandsentschädigung gezahlt wird. Hat ein Arbeitnehmer außer 24 000 Mark Einkommen aus Arbeitslohn noch sonstiges Einkommen, so muß dieses besonders veranlagt werden, aber nur, wenn es 300 Mark übersteigt.

Von der Steuer können auch in Zukunft bestimmte Beträge in Abzug gebracht werden: in erster Linie 10 Prozent von 1800 Mark sogenannte Werbungskosten. Ferner ermäßigt sich die Steuer um je 120 Mark jährlich für den Steuerpflichtigen und seine zu seiner Haushaltung zählende Ehefrau, d. h. im Falle der Berechnung des Arbeitslohnes nach Tagen um je 0,40 Mark täglich, nach Wochen um je 2,40 Mark wöchentlich und nach Monaten um je 10 Mark monatlich. Endlich dürfen in Abzug gebracht werden 180 Mark für jedes zur Familie zählende minderjährige Kind, d. h. bei Berechnung des Arbeitslohnes nach Tagen um 0,60 Mark täglich, nach Wochen um 3,60 Mark wöchentlich und nach Monaten um 15 Mark monatlich. Kinder im Alter von mehr als vierzehn Jahren, die Arbeitseinkommen beziehen, werden nicht gerechnet. Wenn ein Arbeitnehmer bei mehreren Arbeitgebern Einkommen bezieht, sollen in allen diesen Fällen die Steuerabzüge um 3 Prozent ermäßigt werden, so daß 7 Prozent statt 10 Prozent des Arbeitslohnes einbehalten werden.

Übersteigt das gesamte steuerbare Einkommen den Betrag von 24 000 Mark, so gilt der Steuerabzug als Abschlagszahlung und nach Ablauf des Jahres tritt in vollem Umfang die Veranlagung ein. Der Steuerpflichtige entrichtet dann den Betrag, um den

die Steuerschuld den Steuerabzug übersteigt. Ist mehr gefürzt worden, als die Steuerschuld beträgt, so muß der über die Steuerschuld hinausgehende Betrag nach der endgültigen Veranlagung in bar zurückgezahlt werden.

Das Lohnsteuer-Gesetz soll auf Wunsch der Reichsregierung möglichst rasch verabschiedet werden, damit die Steuer unverzüglich in Kraft treten kann. Um unnötige Arbeit zu vermeiden, wird bestimmt, daß bei einem gesamten steuerbaren Einkommen bis zu 24 000 Mark der vom 1. April 1921 bis zum Inkrafttreten des Gesetzes einbehaltenen Steuerabzug die auf diese Zeit entfallende endgültige Einkommensteuer darstellt. Es wird also in diesem Falle keine neue Veranlagung mehr stattfinden. Wenn das gesamte steuerbare Einkommen den Betrag von 24 000 Mark übersteigt, werden auf die endgültige Einkommensteuer für das Rechnungsjahr 1921 die in der Zeit vom 1. April 1921 bis zum Inkrafttreten des Gesetzes vom Arbeitslohn einbehaltenen und vorläufigmäÙig verwendeten Beträge angerechnet.

Das neue Gesetz hat zweifellos große Vorzüge. Indes wird der Reichstag noch einige sehr drückende Ungerechtigkeiten ausmerzen müssen. So ist u. a. ein Abzug von 180 Mark (von der Steuer) für 1800 Mark Werbungskosten (Aufwand, Dienstkleidung usw.) viel zu gering. Der für die Werbungskosten in Anspruch gebrachte Betrag genügt bei weitem nicht und muß vom Reichstag unbedingt erhöht werden.

## Polnischer Vertragsbruch.

**Verwendung polnischer Truppen in Oberschlesien.**

Beil bis heute von der Warschauer Regierung freis abgestritten wurde, daß Angehörige der polnischen Armee an dem Aufruhr im Abstimmungsgebiet beteiligt seien, hat die deutsche Regierung nunmehr in einer Note an die Völkerbundskonferenz eine Zusammenfassung der Nachrichten gegeben, durch die bewiesen wird, daß tatsächlich die polnische Armee den Aufstand mit allen Mitteln unterstützt hat.

Bisher konnte die Teilnahme von Angehörigen aus verschiedenen polnischen Formationen am Aufstand einwandfrei festgestellt werden. Gefangene sagen aus, daß auch geschlossene polnische Truppenteile nach Oberschlesien geschickt wurden, von denen das zweite Bataillon Inf.-Regt. 27 und eine Eskadron des III. Regts. 15 genannt werden. Ferner ist festgestellt, daß in den polnischen Truppenteilen Vorgesetzte ihre Untergebenen zur Weidung nach Oberschlesien aufgefordert und sich nicht scheuten, den Befehl zum Abmarsch geschlossener Einheiten nach Oberschlesien zu geben, wenn die Zahl der Freiwilligen den Erwartungen nicht entsprach.

Auf Grund dieser einwandfrei erwiesenen Tatsachen erhebt die deutsche Regierung erneut nachdrücklich Einspruch gegen die Unterstützung des polnischen Aufstandes in Oberschlesien durch Dienststellen und Angehörige der polnischen Armee. Sie ersucht dringend, daß die alliierten Regierungen nunmehr durch geeignete Maßnahmen die endgültige Spernung der ober-schlesisch-polnischen Grenze sicherstellen. Gleichzeitig darf sie erwarten, daß seitens der alliierten Regierungen der polnischen Regierung nachdrücklich und wirksam jede fernere, wenn auch nur verschleierte Unterstützung des Aufstandes in Oberschlesien unterzagt wird.

Der Note sind eine Reihe von Anlagen beigelegt, die den schlüssigen Beweis für die Behauptungen der deutschen Regierung liefern.

## Aus Stadt und Land.

**Nordhausen für Hindenburg.** Der Bürgererrat, der Kreisriegerverband und zahlreiche andere Abverjachten der Stadt Nordhausen haben beschlossen, als Benützung für die dem Generalfeldmarschall Hindenburg bei seiner Durchreise durch die Vorkriegszeiten zugefügten Kränkungen einen Hindenburg-Umzug zu veranstalten und eine Abordnung nach Hannover zu entsenden, die dem Generalfeldmarschall ein Guldigungsschreiben darbringen soll.

**Die Ernte am Niederrhein in Waldbeeren** ist überaus reich, doch werden große Mengen davon vor Ausländern aufgekauft und über die holländische Grenze geschmuggelt. Die Holländer bezahlen 16 Mk für das Pfund.

**Der Marburger Edelsteinraub.** Die Frankfurter Kriminalpolizei hat einen Fehler verhaftet, der 174 Edelsteine bei sich hatte, die aus dem im vorigen Jahre verübten Einbruch in der Marburger Elisabeth-Kirche herrühren. Die Verhaftung erfolgte, als der Fehler, von England kommend, wo er die Steine seit Weihnachten vorigen Jahres verborgen hatte, die deutsch-holländische Grenze überschreiten wollte. Insgesamt sind damals 194 Edelsteine und Perlen geraubt worden.

**Deutsche Kriegervereinsfahrten nach Paris.** Seltsame Kunde kommt aus Straßburg. Danach soll die Direktion des Armee-Museums in Paris die Absicht haben, die Kriegervereinsfahrten des dortigen Bezirks zu sammeln. Da eine entsprechende Anweisung an die Gemeinden bereits ergangen ist, durch die festgestellt werden soll, wo sich solche Fahrten noch befinden, muß man diese Angelegenheit leider für ernst nehmen. Wir wollen aber ausdrücklich feststellen, daß Kriegervereinsfahrten Privateigentum sind; Frankreich verstößt also auch hier gegen den Friedensvertrag.

**Keine Bolschewisten als Seeräuber.** Die Londoner Inspektion der Schifffahrt schreibt das Verbrechen

den der 20 Schiffe im Atlantik seit dem 1. Juni nicht boscshwiftischen Komplotten zu, vielmehr sei anzunehmen, daß sie bei schlechtem Wetter untergegangen sind.

**Munitionsexplosion auf dem Bahnhof Rhodt.** Aus unerklärlicher Ursache sind zwei auf dem Rhodt-Bahnhof liegende Waggon-Munition in die Luft geflogen, wodurch nach sachverständigem Urteil ein Materialschaden von 35 Millionen Mark entstanden ist. Der Bahnhof und die gesamte Bahnhofsumgebung hat durch die furchtbare Explosion außerordentlich gelitten. Da die Polen vermuteten, daß die Deutschen schuld an dem Explosionsunglück waren, haben sie zahlreiche deutsche Kaufleute festgenommen. Weitere Nachrichten aus Rhodt sind vorläufig unmöglich zu erhalten. Es liegt lediglich ein Telegramm des Kreisintendanten vor, das besagt, daß für ihn persönlich Gefahr bestände.

**Verhaftung ober-schlesischer Gewerkschafter.** In Baurahütte sind die Aufständischen in den Besitz der Mitgliederlisten der deutschen Gewerkschaften gekommen und haben in diesen Tagen etwa 20 Angehörige der Gewerkschaften verhaftet und verschleppt. Auch Mißhandlungen sind dabei vorgekommen.

**Aufenthaltsvereinfachungen in der Schweiz.** Am 1. Juli sind die Ausländer, welche zu anderen Zwecken, als zu Stellenantritt, zur Arbeitsübernahme oder Wohnsitzübernahme in die Schweiz einreisen und in Hotels, Gasthöfen, Pensionen, Sanatorien und ähnlichen Anstalten wohnen, für die ersten drei Monate nach ihrem Grenzübertritt von der Pflicht der Anmeldung bei der Ortspolizeibehörde entbunden. Für die Einreise zur Kur, Erholung oder zu Geschäftszwecken genügt daher für den Aufenthalt bis zu drei Monaten die Vorweisung des visierten Passes an der Grenze. Eine polizeiliche Abmeldung ist nach wie vor nicht notwendig. Die schweizerischen Konsulate im Auslande sind angewiesen, stets ein Visum für drei Monate auszustellen, auch wenn eine kürzere Frist verlangt wird.

**Roten-Kreuzzüge in Oberschlesien.** Zwischen dem Internationalen Roten Kreuz in Gens und der Internationalen Kommission schwedischer Verhandlungen wegen Einrichtung von Roten-Kreuz-Zügen, die zur Beförderung von Kranken aus dem ober-schlesischen Aufwandsgebiet von Myslowitz nach Oppeln verkehren sollen. Der von dem polnischen Roten Kreuz eingereichte Zug wird auf Anordnung der Internationalen Kommission nicht mehr verkehren.

#### Keine Nachrichten.

Der Magistrat Berlin hat für Oberschlesien den Betrag von 100 000 Mark bewilligt.

In Dinkelsbühl (Bayern) hat ein Arbeiter seine Frau im Verlaufe eines unbedeutenden Streites derart geschlagen, daß sie an den Folgen der Mißhandlungen starb.

Die Wiener Wälder haben beschloffen, vom 1. Juli ab wieder Weizenbrot herzustellen. An Brotgetreide scheint demnach in der österreichischen Hauptstadt jetzt kein Mangel mehr zu herrschen.

Auf der japanischen Insel Kjusiu sind 25 Dörfer durch starke Regenfälle und Anschwellen der Flüsse überschwemmt worden. Mehr als 200 Personen sollen umgekommen sein.

Der Mitterschlag des Johanniter-Ordens fand am Freitag im Offizierskasino in Potsdam statt. Der Feier wohnten die frühere Kronprinzessin, Prinz Eitel Friedrich, Prinz Oskar und Feldmarschall v. Hindenburg bei, der von der Menge mit Hochrufen begrüßt wurde.

In einem Restaurant im Berliner Norden ist ein Kraftwagenführer von dem Restaurateur in der Notwehr erschossen worden.

Die von den Polen aus Anlaß der Rhodt-Munitionsexplosion verhafteten Deutschen mußten freigelassen werden, da selbst die Insurgenten sich von der völligen Schuldlosigkeit der Verhafteten überzeugt haben.

### Gerichtssaal.

**Lebenslängliche Zuchthausstrafe wegen Raubmordes mit Todeserfolg.** Das Berliner Schwurgericht verurteilte den Kaufmann Ernst Raegler wegen des an dem Kaufmann Wolfner im Hotel „Mündener Hof“ verübten Raubmordes zu lebenslänglichem Zuchthaus, außerdem noch zu drei Jahren Zuchthaus und zu einem Jahr Gefängnis. Lebenslängliche Zuchthausstrafe wurde auch gegen den Drogisten Paul Bock verhängt. Die Angeklagte Gertrud Raegler wurde zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt.

### Volkswirtschaft.

**Unsere Kohlenwirtschaft in Gefahr!** Ueber die Wirkungen des ober-schlesischen Kohlenausfalls äußert sich die „Deutsche Bergwerkszeitung“ in Essen. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß infolge des Ausfalles der ober-schlesischen Kohle die Qualitätsteigerung große Schwierigkeiten bereite und daß neben den Anforderungen der Entente die gesamte Steinkohlenversorgung Deutschlands zurzeit auf dem Ruhrrevier lastet. Die Herabsetzung des Hüttenzwecken-Kontingents, die Einschränkung der Roheisenzeugung sowie die bevorstehende Heraushebung der Preise für aufbereitete Kohle seien Auswirkungen des Sortenmangels. Der Artikel weist auch auf die durch die Kohlennot heraufbeschworene Gefährdung der Ernährungslage hin. Die Besserung der Wagengestellung und die ausreichende Bedorragung der Eisenbahn seien lediglich Zeichen eines erheblichen Rückganges des Güterverkehrs.

**Eine niederrheinische Messe.** Die Stadt Wesel wird in Gemeinschaft mit der Niederrheinischen Handelskammer in der Zeit vom 17. bis 21. August eine Niederrheinische Messe in Wesel abhalten. Der Zweck des Unternehmens ist vor allem, der deutschen Industrie und dem deutschen Großhandel Gelegenheiten zu geben, in der Form einer Musterausstellung mit den holländischen Importfirmen in unmittelbare Verbindung zu treten und so die deutsche Ausfuhr nach Holland wirksam zu fördern.

**Wirtschaftlichkeit in Industrie und Handwerk.** Ueber Beteiligung von Vertretern der Industrie, des Handwerks und von Parlamentariern ist ein Reichs-

turatorium für Wirtschaftlichkeit in Industrie und Handwerk gegründet worden. Es soll die bisher mehr oder weniger zersplitterten, auf die Hebung der industriellen und gewerblichen Erzeugung gerichteten Arbeiten zusammenfassen und weiter ausgestalten.

**Kauf keine fremden Waren!** Diese Aufforderung muß sehr besonders betont werden, da der eigentliche Zweck der „Sanktionen“ immer deutlicher zutage tritt. Aus den vielen unerträglichen Folgen der Sanktionen, deren Aufrechterhaltung nach Unterzeichnung des Ultimatums durchaus widerrechtlich ist, sei nur eine herausgegriffen. Nach zuverlässigen Mitteilungen aus Ems hat ein deutscher Schieber für mehrere Millionen ausländische Baumwollgewebe und annähernd 100 000 fertige englische Anzüge einführen können, weil die Entente diese Einfuhren aus ihren eigenen Wirtschaftsgebieten mit allem Nachdruck fördert, obwohl ihr bekannt ist, daß die deutsche Wirtschaft einen Bedarf an solchen Importen nicht hat. Der Hauptzweck der Sanktionen scheint überhaupt nur der zu sein, die eigene Ueberschußware nach Deutschland abstoßen zu können. Ein Schutz der deutschen Arbeit, ein Schutz der Arbeitslosen kann nur dadurch stattfinden, daß auch der letzte deutsche Konsument sich weigert, ausländische Ware zu kaufen, daß er deutsche Waren verlangt. Wer fremde Ware kauft, trägt mit Bewußtsein zur Verarmung des Vaterlandes bei.

### Vereine und Versammlungen.

**Die Reichsarbeitsgemeinschaft technischer Beamtenverbände** ist zu ihrer diesjährigen Tagung in Dresden zusammengetreten. Sie sagte unter anderem zwei Entschlüsse, deren erste sich gegen die durch das Ententeultimatum geforderte Abspaltung der Heeres- und Marinebauverwaltung von der allgemeinen Bauverwaltung wendete. Die zweite Entschlüsse wendet sich gegen die von der Reichspar-Kommission vorgeschlagene Abzweigung der wirtschaftlichen Verwaltungen, „ohne unmittelbare politische Bedeutung“ von den Ministerien und Zuteilung an Reichsmittelbehörden. Dadurch würde die Technik aus den Zentralstellen fast vollständig ausgeschaltet.

**Der Deutsche Städte-Tag** nahm in seiner Schlußsitzung folgenden Antrag des Vorstandes an: „Der Deutsche Städte-Tag fordert von der Landes- und Reichsgesetzgebung Selbstverwaltung der Gemeinde, Befreiung von überflüssiger Staatsaufsicht und Beseitigung des die Verwaltung vergebenden und verteuernenden Instanzenzuges. Der Deutsche Städte-Tag beauftragt den Vorstand, unverzüglich einen Studienauschuß zur Prüfung des Gemeindeverfassungsrechtes einzusetzen.“ Sodann wurde ein Zusatzantrag des Magdeburger Bürgermeisters angenommen: „Das staatsaufsichtliche Befestigungsrecht darf, so lange es besteht, nicht nach politischen Gesichtspunkten ausgeübt werden.“ Der Städte-Tag beschloß die Ausherrschung der Mitgliedschaft, die bisher auf Städte von über 25 000 Einwohnern beschränkt war, auf Städte von mehr als 10 000 Einwohnern. Der Städte-Tag wandte sich schließlich in einer Eingabe an das Ministerium gegen die hohen Eisenbahntarife.

### Soziales.

**Papstspende für die notleidenden deutschen Akademiker.** Zugunsten des von Professor Dr. Wolter in Leipzig organisierten Hilfsvereins für lungenkranken deutsche Studierende bewilligte der Papst 200 000 Lire. Geplant ist die Einrichtung eines besonderen Sanatoriums für dieselben in der Nähe von Brigen. Diese zweite Spende (eine erste wurde vor kurzem dem katholischen Hilfsverein Caritas für Akademiker überwiesen) ist ein erneuter Beweis für das warmherzige Interesse, das der Heilige Vater der Notlage der deutschen Akademiker und Studierenden entgegenbringt.

**Die Erfolge der produktiven Erwerbslosenfürsorge.** Im Volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstages führte ein Regierungvertreter über die produktive Erwerbslosenfürsorge aus: In allen Teilen des Reichs sind zunächst viele Tausend Kilometer Straßen teils neu hergestellt, teils instand gesetzt worden. In zahlreichen Städten wurden Wasser-, Gas- und Kanalisationsanlagen erneuert. Auf dem flachen Lande sind Kanalbauten im Gange. Besondere Aufmerksamkeit wird der dauernden Entlastung der Erwerbslosen durch Ueberführung städtischer Erwerbsloser in die aufnahmefähigen ländlichen Berufe und damit auch eine Hebung unserer Ernährungswirtschaft zugewandt. Das geschieht durch Umlernung der Arbeitskräfte, Wohnzuschüsse für Anfänger, Gewährung von Berufsleiden, sowie neuerdings durch eine umfangreiche Förderung des Baues von Landarbeiterwohnungen, wofür 200 Millionen Reichsmittel vorgesehen sind. Insgesamt sind zurzeit 250 000 Erwerbslose, also mehr als 40 v. H. der unterstützten Erwerbslosen überhaupt, in der produktiven Erwerbslosenfürsorge beschäftigt.

### Der Herr des Todes.

Roman von Karl Köhner.

(34. Fortsetzung.)

Sie bewegte den Kopf ein wenig zu einem stillen, melancholischen Berneinen. Ein starkes Mitleid mit dem Sohne war in ihr — war ausgebrochen, wie er dieses eine Wort so seltsam lächelnd, zweifelnd, ausgesprochen hatte.

„Du glaubst an gar nichts mehr, mein Peter,“ sagte sie leise.

„Nur noch wenig.“ Wieder dieses Lächeln. „Mutter — für ein paar Wochen bin ich hier, nachdem ich jahrelang verschollen war — sind diese drei, vier Wochen um, dann tauche ich wiederum unter und bin für euch wieder so gut wie tot.“

Sie unterbrach: „Peter, ich weiß doch jetzt, du lebst, es geht dir gut!“

Immer noch lächelte er so seltsam verloren.

„Peter?“ Gut und leise hat ihre Stimme.

„Er kriecht über den Arm.“

„Mutter, was denkst du denn?“ Da machte sie sich aus dem Sinnen los, schüttelte rasch den Kopf und lächelte dabei.

„Peter — vielleicht überlegst du's noch?“ Er sah in diese guten mütterlichen Augen und wurde weich. Und so, als ob er da ein Kind zur Ruhe bringen müßte, ein Kind, das immer wieder mit der gleichen Frage, mit der gleichen Bitte kam, sagte er nachgebend und ohne ernsthafte Erwägung: „Bleib.“

Kun hatte sich am Redensförmigen auch ein Herr angefangen, auf den das junge Mädchen ansehend erwartet hatte, und von dem Frau von Herstorff behauptete, er sähe dem Verkäufer in der Bildpreihandlung ähnlich, in der sie immer kauften — oder er wäre

es sogar selbst — Ganz unruhig wurde sie bei dem Gedanken, und immer wieder ging der Blick verfliegen zu dem andern Tisch, prüfte, verglich — Schließlich wußte sie doch, daß er es nicht war — aber er hätte es sein können! Der Gedanke allein schon nahm ihr alle Unbefangenheit. Ganz nervös wurde sie dabei. Die volle Unfreiheit und Gedrücktheit ihres eng gewordenen Lebens kam über sie, löschte all ihre Wärme aus, zerbrach die Stimmung des Weineinanderseins und goß ein unruhiges Flackern in ihre guten Augen. Gealtert, müde und gehebt sah sie nun plötzlich aus.

Der Sohn sah, was über sie gekommen war. Er fand auch dafür ein Verstehen und half ihr über diese Qual hinweg.

„Wollen wir gehen, Mutter?“

Dankbar blickte sie ihn an.

Da sah sie, während sie ihren Schleier richtete, an ihren Handschuhen ein wenig zupfte und Schirm und Taschentuch aufnahm, und schritt dann neben ihr — einen halben Schritt hinter ihr — zwischen den vielen kleinen Tischen durch, den langgestreckten Raum hinunter, der Türe zu.

Er sah, wie sie dabei hastete — Spiegeln (Kef. Er dachte mitleidig: Arme, du — warum diese Angst? Was wäre es schon, wenn dich jemand sehen würde?)

Und plötzlich hörte er von einem dieser Tische her flüsternd und doch ganz deutlich seinen Namen nennen — schnell, abgerissen, so, als deute einer auf ihn hin, zeigte ihm einem anderen —

„Du — das ist Perez Herrera —“

Eine Sekunde lang traf ihn das wie ein Schlag. Ganz heiß wurde ihm das Herz, und dabei fühlte er, wie er blaß wurde. Sein Schritt stockte, sein Blick suchte hinüber nach dem Tisch. Da sah ein halbwüchsiger junger Mensch von siebzehn oder achtzehn Jahren und hatte noch die erregt glänzenden Augen hinwandelnd nach ihm gerichtet, während er mit der Rechten den mageren Arm eines Mädchens an seiner Seite — irgendeiner Näherin oder Modistin — umgriffen hielt. Ratlos verlegen wurde der junge Mensch jetzt unter Herreras Blicken.

Die Mutter mußte dieses läche Stoden im Schritt ihres Sohnes gefühlt, das Wort auch gehört haben — sie blickte um.

„Hast du etwas?“ Ganz unruhig und ängstlich war ihr Blick.

Er schüttelte den Kopf — langsam, erstaunt — er mußte sich um diese Ruhe, diesen verwundernden Ausdruck seiner Züge, und fühlte zugleich, daß er jetzt nicht reden konnte, so stark schlug ihm das Herz. Bis in die Kehle spürte er die heiße Welle des Blutes. Die wenigen Schritte noch gingen sie bis zur Türe.

Er dachte: Und ich habe ihre Angst vor dem Gesehenwerden nicht verstanden — jetzt aber hab' ich selbst davor gejittert —

Draußen sagte sie: „Peter, wie dumm nervös ich bin — mir war's doch früher so, wie wir da gingen, als hätte dich jemand angerufen.“

„Nicht —“

„Als hätte jemand zu dir etwas gesagt?“

„Nein —“

Sie gingen schweigend weiter. Langsam gingen sie, denn nun war wieder das mittägige Drängen der Menschen um sie her, der Strom der Laufenden und Tausende, die aus der Arbeit in die kurze Ruhe und aus der kurzen Ruhe in die Arbeit trieben.

Ein Druck lag nun mit einem Male über beiden. In einer Straßenecke legte Frau von Herstorff die Hand auf den Arm ihres Sohnes.

„Peter — nicht böse sein — aber ich möchte doch jetzt einen Wagen nehmen.“

„Ja, Mutter — ja —“

„So schön war dieser Vormittag —“

Er lächelte. „So gut war das, daß du gekommen bist!“

Wie er dann aufschau, traf sein Blick ein Auto, das leer vorbeifuhr. Er hob die Hand. Jetzt hielt der Wagen und stand ratternd, polternd neben ihnen.

„Mutter, wann sehe ich dich wieder? Morgen?“

In ihrem schmalen Gesicht suchte es gequält.

„Peter, morgen muß ich zu Hause sein — Es kommt Besuch, zwei Damen von dem Wohlfahrtskomitee —“

Er sah an ihr vorbei und öffnete den Schlag des Wagens. Er hörte nicht zu Ende, was sie sagte, das Bittern und Puffen des Motors verschlang die Worte.

„Uebermorgen?“

„Ja, Peter — um die Zeit wie heute —. Aber nicht wahr, du denkst dir etwas anderes aus. Nicht wieder hier die Stadt —“

„Ja, Mutter —“

Sie stieg ein. „Nicht bis ans Haus —“, sagte sie noch. Er nickte, lächelte ihr zu und küßte ihre Hand — und nickte wieder.

Und sie hatte mit einem Male feuchte Augen.

„Maachenstraße — Ecke Bahowplatz halten!“

Der Chauffeur richtete sich gerade auf, griff an die Kurbel. Und das Rattern und Poltern des Motors fiel ab, der Wagen lief.

Perez Herrera sah dem Auto nach, wie es entglitt, wie es sich in das Gedränge der anderen Gefährte schob, da zwischen diesen untertauchte — sich noch einmal zeigte — und entschwand —

Nun stand er wieder allein.

Er bewegte leise den Kopf in einem stillen, bitteren Berneinen, als er sich dann zum Gehen wandte.

(Fortsetzung folgt.)